

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,80 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorkosten ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 578 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltorfstr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

Tarifverschlechterung und Gewerkschaftsmacht.

P. Z. Die organisierte deutsche Arbeiterschaft befindet sich in Verteidigungsstellung. Mancherorts sogar im Rückzugsgefecht. Sowohl lohn- als auch sozialpolitisch ging es in den letzten Monaten in manchen Berufen rückwärts. Auch im Bergbau blieben wir von dieser Entwicklung nicht verschont. Das erweckt Mißstimmung. Nicht alle unsere organisierten Kameraden haben schon soviel Schulung genossen, daß sie die Zwangsläufigkeit solcher Entwicklungsepochen im Privatkapitalismus klar erkennen und nüchtern beurteilen. Es kommt hinzu die Heße unserer Gegner von rechts und links. Deren Krisenerklärung ist ja auch so furchtbar einfach: Die Gewerkschaften sind schuld!

Und stimmt das nicht? — so fragt sich dann mancher Kamerad, wenn er an die fünf Millionen Freigewerkschafter denkt. Warum tritt denn diese Millionenmacht nicht in Aktion? Die Frage ist bestechend. Fünf Millionen Organisierte sind wirklich eine gewaltige Macht. Das ist sogar eine Weltkriegsarmee. Und im Kampfe mit den Kapitalisten müßten letztere sicher den Kürzeren ziehen. Ja, wir brauchen diese ganze Macht nicht einmal. Schon der Betriebsrat genügt, um den Werkbesitzer zu vernichten. Das wäre also eine einfache Sache, die Arbeitgeber zu besiegen, wenn man das alles vom Standpunkte der zahlenmäßigen Stärke sieht.

Aber leider liegt das Problem etwas anders. Wir haben es nicht nur mit einer gegnerischen Klasse zu tun, sondern mit einem ganzen System. Wir kämpfen nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern gegen den Kapitalismus. Gegen den Kapitalismus, der uns in der herrschenden Wirtschaftsordnung entgegentritt. Was ist herrschende Wirtschaftsordnung? Das ist die Wirtschaftsordnung, die von der Mehrheit der Menschen anerkannt und durch Recht und Gesetz und damit durch die Staatsmacht in ihrem Bestande gesichert wird.

Und nun bedenke man wieder, daß also die schwere Krise, in der wir stecken, im kapitalistischen Wirtschaftssystem zwangsläufig ist. Das soll heißen, daß die schweren Krisen im Privatkapitalismus unvermeidlich sind. In dieser Erkenntnis liegt ja überhaupt erst die Erklärung für die Existenz einer sozialistischen Arbeiterbewegung. Wären nämlich die Krisen zu vermeiden, könnten die Menschen den Kapitalismus in einen harmonischen Entwicklungsverlauf zwingen, dann wäre der Kampf gegen ihn und für Sozialismus ja sinnlos. Dann hätten die Faschisten recht mit ihrer Lehre, daß man nur die politische Diktatur erobern müsse, um dem Kapitalismus seinen Verlauf befehlen zu können. Aber nein, so ist das nicht. Der

Kapitalismus als Privatwirtschaft

ist immer Profitwirtschaft. Je größer der kapitalistische Reichtum wird, desto größer muß der Profit werden. Bei hundert Millionen Reichtum sind zehn Millionen Uberschuß zehn Prozent Profit. Bei tausend Millionen Reichtum sind zehn Millionen Uberschuß nur ein Prozent Gewinn. Für dieses eine Prozent aber würde der Kapitalist auf die Dauer nicht sein Kapital in der Wirtschaft anlegen. Er wirtschaftet ja nicht aus Existenznotwendigkeit wie der Arbeiter, sondern nur, weil er für sein Kapital einen angemessenen Gewinn erzielen kann. So muß bei dem unvermeidlichen steten Wachstum des Kapitalreichtums (Kapital plus Profit) der Zeitpunkt kommen, wo der Profit nicht mehr groß genug ist, um einen „angemessenen“ Prozentsatz zu ergeben.

Die privatkapitalistische Krise zeigt an, daß dieser Zeitpunkt wieder einmal da ist. Auch in dieser Krise ist es so. Die Krise befaßt nichts anderes, als daß das Wirtschaftskapital schneller gewachsen ist als der Profit, weshalb die Profitprozente immer mehr sinken mußten und schließlich für den Privatkapitalisten keinen Anreiz zum Weiterwirtschaften geben konnten. Daraus ergibt sich zweierlei:

1. Der Kapitalist legt sogenannte unrentable Betriebe still und eröffnet vor allen Dingen keine neuen Betriebe.
2. Er kämpft nun mit aller Macht um höhere Profite, also um Selbstkostenparnasse, was in der Praxis nichts anderes ist als Kampf für Lohnabbau und Ersparnis auf sozialpolitischem Gebiete (Urlaubsvergütung, Sozialzulagen usw.).

Was zur Zeit in der Praxis zu beobachten ist, bestätigt das alles. Der organisierte Arbeiter ersieht daraus, daß die jetzigen Tarifbewegungen mehr bedeuten als „Ruhhandelsgeheiß“ zwischen Gewerkschafts- und Unternehmervertretern. Er ersieht, daß sich in diesen Tarifkämpfen Handlungen vollziehen von hochgradigem Klassenkampfcharakter. Sie entspringen aus dem Zwange der privatkapitalistischen Selbsterhaltung der Unternehmer. Also nicht die menschliche Existenz der Unternehmer ist bedroht, nur ihre privatkapitalistische. Sie sind auch in der Krise schwerreiche Leute. Ja, sie sind — privatkapitalistisch gesehen — in der Krise „überreiche“ Leute. Und daß ihre privatkapitalistische Existenz bedroht ist heißt also, daß die Möglichkeit, einen „angemessenen“ Profit zu erzielen, bedroht ist.

Die Arbeiterschaft kann in solchen Situationen nur Abwehrkämpfe führen. Und Abwehrkämpfe kosten immer Opfer und Verluste an vorher erzielten Erfolgen. Wären in solchen Krisenzeiten die Gewerkschaften nicht da, dann würden die Ka-

pitalisten die Selbstkosten, also in erster Linie die Löhne, so weit senken, als es notwendig wäre, um genügend Prozente für ihr Kapital zu verdienen. Sie würden den Urlaub, die Sozialzulagen, den Mindestlohn usw. ganz beseitigen, um dadurch den Profit zu sichern. Das wird ihnen nun

durch die Gewerkschaften verwehrt.

Die Gewerkschaften haben in Zeiten besserer Wirtschaftskonjunktur Tarifverträge erkämpft. In diesen sind die Löhne, die Arbeitsverhältnisse, die Sozialleistungen vertraglich, als rechtlich bindend geregelt. Was im Tarifvertrag geregelt ist, muß der Unternehmer innehalten. Das muß er auch dann, wenn er seine Profitprozente gefährdet sieht. Er kann diese Prozente nur insoweit auf Kosten der Arbeiter erhöhen, als es ihm gelingt, die Vertragsbedingungen zu verschlechtern. Wenn also nun der Kampf der Arbeiter mit dem Unternehmertum um Lohn und Arbeitsbedingungen Klassenkampf ist, dann ist auch der Kampf und das Ringen um die Tarifvertragsbedingungen Klassenkampf.

Ebenso steht der Tarifvertrag dem Klassenkampf der Unternehmer Grenzen. Er muß nämlich, solange der Vertrag läuft, denselben einhalten. Deshalb ist gerade in der Krise Hauptaufgabe der Gewerkschaften, den Tarifvertrag zu halten. Aus diesem Grunde ist es auch zu erklären, warum in der letzten Zeit verschiedene Gewerkschaften Tarifverschlechterungen freiwillig zustimmten. Das Ziel der Unternehmer ist nämlich auf Beseitigung der Tarife in Krisenzeiten gerichtet. Sie stellen deshalb in Verhandlungen oft sehr weitgehende Verschlechterungsanträge. Sie kalkulieren so: Entweder wird der Schlichter mit uns für diese Anträge stimmen, dann haben wir unser Ziel erreicht; oder aber, er stimmt nicht mit uns, dann gibt es einen tariflosen Zustand und wir können nach Belieben die Arbeiter behandeln. Dabei nehmen sie nämlich an, daß die Gewerkschaften immer gegen jede Verschlechterung stimmen, so daß der Schlichter keine Mehrheit für einen Schiedsspruch finden könne, wenn er den alten Tarif nicht weiterbestehen lassen will.

Das ist dann der Punkt, wo die Gewerkschaften auch sogenannte Rückzugsgefechte liefern. Um den Tarif zu retten und den Unternehmern nicht freie Hand zu verschaffen nehmen sie, wenn es zweckmäßig erscheint, einige Verschlechterungen in Kauf. Das kostet die Arbeiter dann wohl ein kleines Opfer, sichert ihnen aber dafür die verbliebenen Rechte gegen alle Angriffslust der Unternehmer für die Dauer der nächsten Vertragsperiode.

Der organisierte Arbeiter weiß, was diese Tatsache für ihn bedeutet. Sie umschließt einen ganz großen Wert für ihn. Man stelle sich nämlich vor, daß überhaupt kein Tarif bestehen würde. Wenn dann der Unternehmer keinen Urlaub, kein Hausstandsgeld, keine Sozialzulagen, keine Deputatsgehälter mehr geben würde, könnte dann der Einzelarbeiter sich das alles erzwingen? Ja, wo fünf Millionen Menschen draußen nach Arbeit und Beschäftigung drängen fast um jeden Preis?

Der Unternehmer würde jeden, der ernstlich seine alten Rechte fordern wollte, kurzerhand vor die Entscheidung

stellen, entweder mit seinem Diktat zufrieden zu sein oder aber den Arbeitsplatz für einen anderen zu räumen. Wären diese unvermeidlichen Kämpfe und all das Risiko, das damit verbunden ist, wirklich eher in Kauf zu nehmen als eine kleine, freiwillig anerkannte Verschlechterung, wobei aber all die sonstigen Vertragsrechte gesichert bleiben?

So hat der Gewerkschafter die Frage zu stellen. Er hat immer von den Gesichtspunkten auszugehen, wie seine Position im Kampf mit dem Unternehmertum am stärksten erhalten bleibt. Das gilt zumindest solange, als eine Berufsorganisation über ihre eigenen Berufsverhältnisse zu entscheiden hat. Das ist ja überhaupt der Sinn des Gedankens der Berufsorganisation: In jeder Situation den Kampf führen zur vorteilhaftesten

Wahrung ihrer eigenen Interessen.

Ueber diesem (Berufs-) Gewerkschaftskampf steht dann erst der Kampf der ganzen Klasse. Hierbei handelt es sich dann nicht mehr um diese oder jene Bestimmung im Tarifvertrag, sondern um die Existenz aller Werktätigen, inklusive auch der Erwerbslosen. In diesem Zusammenhange wird auch sofort klar, daß die einzelnen Tarifkämpfe nur „Merkmale“ sind in dem großen Ringen, das zur Zeit von der Unternehmerklasse geführt wird um ihre privatkapitalistische Existenz und von der Arbeiterklasse um ihre soziale und damit um ihr Lebensdasein überhaupt.

Wir sagten, daß Tarifkämpfe nur Merkmale dieses großen zeitlichen Klassenringens sind, und daß dieses Ringen selber — das lehrte uns insbesondere Karl Marx — im Privatkapitalismus unvermeidlich ist. Wenn aber dieses Ringen selbst unvermeidlich ist, dann auch die Tarifkämpfe. Und wenn dieses Ringen — ebenfalls nach Marx — immer schärfere Formen annimmt und schließlich in Existenzkämpfe ausartet, dann ist ebenfalls verständlich, daß wir in solchen schweren Zeiten wie der jetzigen, vielleicht etwas von dem Gebilde opfern müssen, das wir in günstigeren Zeitabschnitten eroberten.

Mit dieser Tatsache muß der Gewerkschafter rechnen. Ob er sich damit nüchtern überlegend und freiwillig opfernd abfindet, oder aber vorzieht nur der realen Macht zu weichen, ändert an der Sache selbst nichts. Das sind „Schlappen“, die jeder Kampf bringt, in dem sich zwei vollwertige Gegner gegenüberstehen. Und so naiv wird doch niemand sein, die Kapitalistenklasse mit ihren Hilfskräften nicht als vollwertig zu betrachten gegenüber der Arbeiterklasse.

Also sehen wir, daß Tarifverschlechterungen in solchen schweren Krisenzeiten nicht etwa gewerkschaftlicher Ohnmacht zu verdanken sind. Im Gegenteil ist es ein Beweis gewerkschaftlicher Stärke und Macht, wenn in so gewaltigen Ringen, wie es gegenwärtig zwischen Kapitalismus und Proletariat tobt, die vertraglichen Rechte der organisierten Arbeiter nicht erheblich beseitigt werden können, von „überwiegend“ oder „völlig“ gar nicht zu reden, wie es ja Ziel und Absicht der Unternehmer ist.

Die Arbeitgeberverbände gegen die Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat an den Reichsarbeitsminister eine Denkschrift gerichtet, die sich gegen den Vorschlag der Brauns-Kommission wendet, die Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen und Lieberarbeit von besonderer behördlicher Genehmigung abhängig zu machen. In der Eingabe wird betont, daß die Arbeitgeberverbände von sich aus ihre Mitglieder angewiesen hätten, die Arbeitszeit dort zu verkürzen, wo dies technisch und wirtschaftlich möglich sei. Die Zahl von 2,2 Millionen Kurzarbeitern beweist, daß diesen Wünschen weitgehend Rechnung getragen sei. Dagegen sei ein gesetzlicher Zwang weder durch die tatsächlichen Verhältnisse begründet, noch trage er den zwingendsten wirtschaftlichen Voraussetzungen Rechnung, die für eine Wiederbelebung der Wirtschaft und des deutschen Arbeitsmarktes gegeben sein müßten. In den weiteren Ausführungen der Eingabe an das Reichsarbeitsministerium werden alle möglichen Einwände gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit herangezogen. Ein wesentlicher Teil der Arbeitslosigkeit sei darin zu suchen, daß die freie Veräußerung der wirtschaftlichen Unternehmungen in immer stärkerem Maße durch Gesetze und Zwangstarife eingezengt worden seien. Nur eine Befreiung von derartigen gesetzlichen Beschränkungen und eine allgemeine Verbilligung der Produktion durch Senkung der Gestehungskosten könnten zum Ziele führen. Nur eine Senkung der Selbstkosten durch Herabsetzung der öffentlichen und sozialen Ausgaben und damit eine stärkere Förderung der Kapitalbildung sowie des Exports ermöglichen einen neuen Konjunkturaufschwung. Dann wird eine ausführliche Aufrechnung gebracht, welche Schäden die Vorschläge der Brauns-Kommission mit sich bringen würden. Allerhöchstensfalls würde eine Entlastung des Arbeitsmarktes von 300 000 bis 500 000 Arbeitskräften erfolgen können. Die Einschränkung der Gewerbeaufsicht bei der Arbeitszeitverkürzung und Ueberstundenfrage würde nicht nur lästig sein, sondern auch eine Verteuerung der Produktionskosten zur Folge haben. In Betrieben mit fortlaufendem Arbeitsgang bringe die notwendige

Einführung einer höheren Schichtzahl eine Verteuerung. Erhöhte Investitionen wären notwendig. Die Beschränkung der Ueberstunden wirkt ebenfalls kostensteigernd und verhindere in vielen Fällen die Hereinnahme von Aufträgen und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die Verkürzung der Arbeitszeit führe zu einer Gefährdung unseres Exports und zu einer Verlagerung der Auftragserteilung zugunsten der deutschen Industrie. Die deutsche Industrie werde auf keinen Fall mit einer ihr ausbezwungenen 40-Stundenwoche auf dem Weltmarkt erfolgreich konkurrieren können. Kurzum, eine derartige Arbeitszeitverkürzung würde keine Milderung der Arbeitslosigkeit, sondern eine Vergrößerung derselben im Besolge haben.

Wir haben versucht, die Argumente der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände gegen die Verkürzung der Arbeitszeit zusammenfassend wiederzugeben. Es ist schlechterdings alles herangezogen worden, was nur irgendwie als Gegenbeweis dienen kann. Diese Denkschrift hat den Zweck, die Regierung im letzten Augenblick einzuschüchtern, damit sie die Vorschläge der Gewerkschaften oder auch selbst der Kommission nicht berücksichtigen soll. Der Zweck ist also ganz klar. Es fragt sich nur, ob die Kraft der Regierung ausreicht, dem Druck der Unternehmer zu widerstehen. Wir müssen von vornherein hierin großen Zweifel setzen. Die Vorschläge der Brauns-Kommission waren den Gewerkschaften sicher nicht weitgehend genug. Immerhin konnten sie als ein Anfang gewertet werden. Aber selbst die Einschränkungen, die die Kommission gemacht hat, genügen den Unternehmern nicht. Sie benutzen die Gelegenheit, um einen allgemeinen Eingriff auf die sozialpolitischen Gesetze und das Tarifwesen zu unternehmen. Hier liegt der eigentliche Grund der lebhaften Tätigkeit der Arbeitgeberverbände. Die Gewerkschaften haben keine Ursache, in ihrem Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit irgendwie nachzulassen. Er muß mit verstärkter Wucht weitergeführt werden.

Warum Verkürzung der Arbeitszeit?

Unsere Reichskonferenz mahnt: Kampf der Arbeitslosennot!

Das auffallendste Merkmal der letzten Reichskonferenz unseres Verbandes war der einmütige Ruf nach gesetzlicher Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche. Sowohl die wirtschaftspolitischen Betrachtungen, als auch die tarifpolitischen Erörterungen gipfelten in der gemeinsamen Schlussfolgerung, daß eine schnelle und wirksame Milderung der Arbeitslosennot nur möglich sei durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung. Gleichzeitig wurde auch betont, daß dieses Streben nach kürzerer Arbeitszeit nicht nur als Notmaßnahme anzusehen sei, sondern darüber hinaus eine schwerwiegende grundsätzliche Bedeutung habe. Und zwar wurde dabei erneut auf die technische Entwicklung verwiesen, die einerseits wirtschaftliche Restorationsleistungen ermöglicht, andererseits aber in steigendem Maße menschliche Arbeitskräfte freisetzt. Um dieses Mißverhältnis zwischen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Entwicklung zu beheben, muß also eine Verkürzung der Arbeitszeit auf die Dauer erstrebt werden. Aber abgesehen von dieser grundsätzlichen Seite kommt dem Ruf nach kürzerer Arbeitszeit als Notmaßnahme eine besondere Bedeutung zu. Mehr und mehr wird nämlich die Arbeitslosigkeit zu einem Kardinalproblem der gesellschaftlichen Ordnung und zu dem Hauptproblem der gesamten Gewerkschaftspolitik.

Nach dem letzten Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat zwar der Umschwung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahre schon Mitte Februar eingesetzt. In den beiden vorhergehenden Jahren trat dagegen eine Erleichterung erst zu Anfang März ein. Aber trotz dieser verhältnismäßig frühzeitigen Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bleibt zu beachten, daß Ende April in Deutschland noch 4,3 Millionen Arbeitsuchende gezählt wurden. Und wenn auch zu erwarten ist, daß, wie in früheren Jahren, bis Juni die Arbeitslosenziffer weiter sinken wird, so ist es doch völlig ausgeschlossen, daß durch diese saisonmäßige Erleichterung ein großer Teil der 4,3 Millionen in Arbeit gebracht wird. Daraus ergeben sich aber für die kommende Herbst- und Winterzeit fürchterliche Ausblicke. Ein Arbeitslosenheer von 6 bis 7 Millionen erscheint nicht ausgeschlossen. Sollten wir doch Mitte April d. J. allein 1,7 Millionen Arbeitslose mehr als im Vorjahre, obwohl schon 1930 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von über 3 Millionen gerechnet werden mußte. So zeigen sich die Zukunftsaussichten, wenn keine grundlegenden Veränderungen eintreten!

Diese grundlegenden Veränderungen können von zwei Seiten kommen: von einer Wirtschaftsbelebung und einer Arbeitszeitverkürzung. Soweit die Wirtschaftsbelebung in Frage kommt, ist eine pessimistische Haltung durchaus angebracht. Der wirkliche Aufschwung fehlt bis jetzt, von der saisonmäßigen Belebung abgesehen, vollkommen. Die hohen Zinssätze, das starke Preisniveau und die sonstigen Merkmale lassen auch nicht vermuten, daß es in absehbarer Zeit besser wird. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung haben bis jetzt auch verfehlt, da nach der Lohnabbauaktion die Lage sich nicht gebessert, sondern vielerorts noch verschlechtert hat. Ein Weiterstreben auf diesem Wege, das heißt durch Verschlechterung der Arbeits- und Wohnbedingungen einen Weg aus der Krise zu finden, ist daher als völlig abwegig und äußerst verhängnisvoll zu bezeichnen. Es bleibt daher nur die Möglichkeit, durch eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit einem erheblichen Teil der Erwerbslosen wieder Arbeit zu verschaffen.

Nur die gesetzliche Einführung der vierzigstündigen Woche wird eine baldige und wirksame Entlastung des Arbeitsmarktes bringen können. Diese gewerkschaftliche Forderung, die sich auch die Brauns-Kommission allerdings nur in ungenügendem Maße als Erkenntnis zu eigen gemacht hat, muß jetzt der Kampf aller Arbeitnehmer werden.

Daß die Gewerkschaften die Arbeitszeitverkürzung erstreben ohne Lohnausfall, ist bei dem geschwächten Existenzminimum der Arbeiterschaft selbstverständlich. Ob es aber in jedem Falle gelingt, dieses Ziel hundertprozentig zu erreichen, ist sehr fraglich. Die entscheidende Frage wird daher sein, ob die kürzere Arbeitszeit auch dann zu bejahen ist, wenn mit einer teilweisen Lohnkürzung gerechnet werden muß. Die Antwort darauf wird nur von Fall zu Fall gefunden werden können. Bei allen Entscheidungen wird man zu beachten haben, daß es Schlimmeres — man möchte sagen, das Schlimmste — zu verhüten gilt. Gelingt es nämlich nicht, der katastrophalen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Einhalt zu gebieten, dann ist zunächst eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen gefährdet. Schon bei dem gegenwärtigen Umfange der Arbeitslosigkeit reicht der 6%prozentige Beitrag zur Arbeitslosenversicherung nicht aus, weil damit im Jahresdurchschnitt nur 1,75 Millionen Versicherte unterstützt werden können.

Noch problematischer ist und wird aber die Unterstützung der Ausgesteuerten, der Wohlfahrts-erwerbslosen. Die Finanznot der Gemeinden und Städte ist allgemein bekannt. Das Anbahnen neuer Einnahmequellen ist daher an sich schon sehr schwierig und wird noch problematischer, wenn man an die parlamentarischen Verhältnisse denkt. Wie bei einem Erwerbslosenheer von 6 bis 7 Millionen die notwendigen Unterstützungssummen aufgebracht werden sollen und können, ist daher ein großes Rätsel. Aber selbst, wenn es gelingen sollte, die Unterstützung des Erwerbslosenheeres sicher zu stellen, ist das Arbeitslosenproblem damit keineswegs gelöst. Die Dauer und das ungeheure Ausmaß der Arbeitslosigkeit läßt vielmehr die Befürchtung zu, daß der Damm des Arbeitslosenschutzes dann nicht mehr genügt, um alle Gefahren zu bannen. Allzu groß ist dann vor allem die Gefahr, daß in einem rücksichtslosen Kampf um die Arbeitsstelle der tarifliche Lohnschutz durchlöchert wird und auch die übrigen gewerkschaftlichen Erwerbungsbedingungen preisgegeben würden. Das Vorgehen der Unternehmer beweist schon jetzt zur Genüge, daß sie genau wie in früheren Krisenzeiten nicht vor einem rücksichtslosen Lohnabbau zurückschrecken. Dieser antisoziale Kurs würde aber nicht eine Verleumdungspolitik schlimmster Art zur Folge haben, sondern würde auch die Arbeiterbewegung auf das schwerste schädigen und zurückwerfen.

Das klingt furchbar und übertrieben. Aber es hat keinen Zweck, Vogelstraußpolitik zu treiben. Wir müssen die Dinge sehen, wie sie wirklich liegen und welche Formen sie in der nächsten Zeit annehmen können. Und jeder wird zugeben müssen, daß, wenn nichts Entscheidendes geschieht, das Arbeitslosenproblem zu einer Schicksalsfrage für das gesamte Volksleben wird. Überall da, wo durch die Einführung der vierzigstündigen Woche eine Milderung der Arbeitslosennot erreicht werden kann, muß daher mit dem größten Nachdruck dafür eingetreten werden. Und zwar auch nicht zuletzt deshalb, weil in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges erfahrungsgemäß viel leichter eine Steigerung der Löhne, als eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen ist.

wirtschaften nunmehr der Achtstundentag wieder im Braunkohlenbergbau erreicht sei und man aus diesem Grunde dem Abkommen zustimmen müsse. Einzelne Diskussionsredner aus den Tiefbauvereinen haben Bedenken bezüglich der Bauregelung geäußert. Aber auch sie erklärten ihr Einverständnis mit der Vereinbarung, weil sie tatsächlich ein Fortschritt bedeute.

Trotz der verschiedenen Bedenken einzelner Diskussionsredner sprachen sich alle für die Annahme des Abkommens aus. In seinem Schlusswort betonte Schmidt, daß ohne die Begleiterscheinungen der schweren Wirtschaftskrise und der ungeheuren Arbeitslosigkeit dieser Erfolg nicht so leicht erreicht worden wäre. Ueber die Befürchtung eines weiteren Abzuges der Prämien und Leistungszuschläge erklärte Schmidt, daß der Arbeitgeberverband in einem Rundschreiben seine Mitgliederwerke anweisen würde, aus Anlaß dieser Arbeitszeitbewegung keinerlei Abzüge von Prämien und Leistungszuschlägen vorzunehmen. Die Betriebsräte werden darauf zu achten haben, daß diese Erklärung des Arbeitgeberverbandes auf allen Werken zur Durchführung gelangt. Bezüglich der Arbeitszeit haben auch wir weitergehende Wünsche. Wir fordern die 40stündige Arbeitszeit, durch die eine wesentliche Erleichterung des Arbeitsmarktes herbeigeführt werden kann, aber diese Forderung wird nur im schweren Kampfe und mit starken Gewerkschaften erreicht werden können. Der heutige Abschluß bedeutet eine Etappe auf dem Wege zur Erreichung dieses Zieles.

Die Vereinbarung über die Arbeitszeitverkürzung wurde daraufhin mit 420 gegen 3 Stimmen angenommen.

Tarifkonflikt im Ruhrbergbau.

Der Zechenverband verlangte bekanntlich die Beseitigung der im Tarifvertrag vorgesehenen Siebenstundenschicht, um bei Ablauf des Mehrarbeitsabkommens die jetzige Schichtzeit unter allen Umständen beizubehalten. Ferner forderte man eine Kürzung der Lohnzuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit um die Hälfte.

Außerdem erstrebte die Unternehmer eine Herabsetzung des Mindestlohnes um 5 Prozent. Bezüglich der Lieferung der Hausbrandkohlen forderten sie eine Herabsetzung der Liefermengen von 120 Zentnern auf 100 Zentner jährlich. In der Urlaubsfrage wollten die Unternehmer eine Herabsetzung der Urlaubszahl und eine Kürzung der Urlaubsvergütung um 25 Prozent. Hinsichtlich des Hausstandsgeldes in Höhe von 16 Pf. glaubten die Unternehmer einen völligen Fortfall dieser Zulage fordern zu müssen. Des weiteren sollten in Zukunft in Krankheitsfällen die Sozialzulagen nicht mehr gezahlt werden.

Die Gegenforderungen der Gewerkschaften erstrebten dort, wo die Unternehmer Verschlechterungen wollten, Verbesserungen. Die Bergarbeiterverbände verlangten deshalb die 6 1/2-Stundenschicht für die Untertagearbeiter, Einschränkung der Ueberarbeit auf das notwendige Mindestmaß, Verbesserung der Urlaubsrechte, Erhöhung des Mindestlohnes um 15 Prozent, Reform der Lieferungsbedingungen für Hausbrandkohlen und sonstige Verbesserungen bezüglich der Lieferung von Gezüge, Geleuchte und Sprengstoffen.

Der vorliegende Schiedsspruch bringt für den bisherigen Tarifvertrag keine grundlegenden, sondern nur einige zusätzliche Änderungen. Den Unternehmern wünschen kommt er in folgender Weise entgegen: In diesem Jahre sollen ausnahmsweise alle diejenigen, die bisher fünf und mehr Urlaubstage erhielten, einen Tag weniger erhalten. Das bisherige Hausstandsgeld wurde von 16 auf 10 Pf. ermäßigt. Des weiteren werden in Zukunft die Sozialzulagen in Krankheitsfällen nicht mehr gezahlt.

Auf Arbeitnehmerseite können nachstehende Verbesserungen gebucht werden:

Verbessert wurden die Urlaubsbestimmungen dahingehend, daß künftig nicht nur die Kriegsbeschädigten, sondern alle Schwerebeschädigten einen weiteren Urlaubstag erhalten. Bezüglich der Lieferungsbedingungen für Hausbrandkohlen wurde erreicht, daß ungeachtet der Bestimmungen über Haupternährer in allen Fällen, wo zwei oder mehr Familienmitglieder im Bergbau beschäftigt sind, Deputatkohlen verabfolgt werden müssen.

Die Unternehmer haben den Schiedsspruch sofort u. a. mit folgender Begründung abgelehnt:

„Der in diesem Schiedsspruch wieder in Kraft gesetzte Rahmentarifvertrag sieht wiederum die grundsätzliche Siebenstundenschicht unter Tage vor, also eine Schichtzeit, die weder den gesetzlichen Bestimmungen, noch der auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen tatsächlich festgelegten Schichtzeit entspricht.“

Zu einer Beseitigung der bisherigen Bestimmungen über die grundsätzliche Siebenstundenschicht hätte um so mehr Anlaß vorgelegen, als erfahrungsgemäß deren Aufrechterhaltung bei jedem Ablauf des die tatsächliche Schichtzeit regelnden Mehrarbeitsabkommens die Gefahr besonderer Komplikationen für den Fall mit sich bringen kann, daß ein neues Abkommen nicht zustande kommt. Im Ruhrbergbau muß es gerade in den jetzigen Krisenzeiten naturgemäß darauf ankommen, derartige Komplikationen, wo sie im Jahre 1924 bereits Anlaß zu einem fast einmonatigen Streik gegeben haben, zu vermeiden.

Der Schiedsspruch ist aber weiterhin für den Ruhrbergbau unannehmbar, weil die dadurch gewonnene Selbstkosten-erleichterung, die sich auf schätzungsweise nur etwa 0,8 Prozent beläuft, als vollkommen unzureichend anzusehen ist.

Der Zechenverband wendet sich entschieden gegen eine Verbindlichkeitserklärung dieses unzureichenden Schiedspruches.“

Das Vorgehen und die Haltung des Zechenverbandes beweist, daß die Unternehmer in rücksichtsloser Weise bemüht sind, die Tarifrechte der Arbeiterschaft zu schmälern bzw. völlig zu beseitigen. Wie in jeder Krise, so sehen die Unternehmer auch in der gegenwärtigen Notzeit den geeigneten Zeitpunkt, ihre realistischen Ziele durchzusetzen. Durch den vorliegenden Schiedsspruch sind ihre weitgehenden Pläne allerdings vereitelt worden.

Eine Revierkonferenz unseres Verbandes, die über die Stellung zum Schiedsspruch zu entscheiden hatte und die am 10. Mai in Bochum tagte, sprach sich deshalb mit großer Mehrheit für die Annahme aus. Im Hinblick auf die miserablen Verhältnisse, unter denen die Bergarbeiter gegenwärtig zu leiden haben, fiel den Delegierten diese Entscheidung nicht leicht. Angesichts der allgemeinen Verhältnisse und der schwierigen Umstände glaubten sie jedoch im Interesse der Bergarbeiter nicht anders handeln zu können als das kleinere Übel zu wählen.

Arbeitszeitverkürzung im Braunkohlenbergbau.

Für 60000 Bergarbeiter wird die Arbeitszeit verkürzt.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist zwischen dem Unternehmerverband und den Gewerkschaften nach längeren Verhandlungen ein Abkommen über eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit abgeschlossen worden, welches am 10. Mai einer Delegiertent Konferenz zur Entscheidung vorlag.

Zu dem Abkommen selbst führte in der Konferenz der zweite Verbandsvorsitzende Schmidt folgendes aus: Die Schichtzeit für die Arbeiter in den Tagebauen und den dazu gehörigen Tagesbetrieben war bisher 9 1/2 Stunden, während die Arbeitszeit 8 1/2 oder 9 Stunden täglich betrug. Die Schichtzeit im Tiefbau einschließlich Pause war im Kernrevier der mitteldeutschen Braunkohle bisher 8 1/2 Stunden und in den Randrevieren (Kassel und Frankfurt a. O.) 9 Stunden einschließlich der Pausen. Obwohl die Technik in diesem Revier ungeheure Entwicklungen gebracht hat, war doch die Tatsache zu verzeichnen, daß in diesem Bergbaugebiet die längste Arbeits- und Schichtzeit bestand. Die Arbeitgeber waren bisher nicht zu bewegen, von der noch bestehenden Mehrarbeit über 8 Stunden täglich hinaus abzugehen. Noch bei der Tarifbewegung im Dezember 1930 lehnten die Arbeitgeber eine Verkürzung der Arbeitszeit rundweg ab. Sie hatten leider auch noch den mitteldeutschen Schlichter, Dr. Haubold, für ihre Auffassung gewonnen, der durch einen Schiedsspruch eine Verkürzung der Arbeitszeit ablehnte. Dieser Spruch wurde dann auch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

Die am Tarif beteiligten Gewerkschaften haben nun verjagt, trotz Bestehen eines Tarifvertrages im Laufe der letzten Wochen durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Die Ursache zu diesem Vorgehen war die besondere Lage auf dem Kohlenmarkt, verbunden mit der großen Erwerbslosigkeit im Bergbau und auch in allen anderen Berufen. Die Gründe, die seitens der Gewerkschaften für eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit aus grundsätzlichen Erwägungen heraus angeführt wurden, erkannten die Unternehmer nicht an. Sie glaubten vielmehr, daß die Arbeitszeitverkürzung nur als eine Kostmaßnahme gedacht werden könne. Nach langwierigen Verhandlungen, die im Laufe des Monats März begannen und erst jetzt im Mai beendet werden konnten, ist zwischen den Tarifparteien folgender Vertrag abgeschlossen worden:

Mit Rücksicht auf die überaus schwierige Lage des deutschen Arbeitsmarktes schließt die am Tarifvertrag beteiligten Organisations folgendes Abkommen:

1. Das Mehrarbeitsabkommen in seiner Fassung vom 29. September 1928 wird wie folgt abgeändert:

a) In den Tagesbetrieben beträgt die reine Arbeitszeit 8 Stunden, die Schichtzeit 8 1/2 Stunden. Führt die Wertleistung mit Zustimmung der Betriebs-

vertretung statt der 8 1/2stündigen Schicht eine achtfündige Arbeitszeit ohne Pausen ein, so ist den Arbeitern gestattet, ihr Frühstück an ihrer Arbeitsstelle einzunehmen.

b) Unter Tage beträgt die Arbeitszeit vom Beginn der Einfahrt beim Betreten des Förderkorbes oder Stollenmundloches bis zum Verlassen des Förderkorbes oder Stollenmundloches bei der Ausfahrt, jedoch ohne Pause, in den Kernrevieren 7 1/2, in den Randrevieren 8 1/2 Stunden täglich. Hinzu kommt eine Pause von 15 Minuten. Die außerhalb der Arbeitszeit liegende Pause kann durch Betriebsvereinbarung bis zu einer halben Stunde verlängert werden.

2. Die bisherige Lohnordnung wird durch abgeändert, daß an Stelle der Schichtlöhne Stundenlöhne treten. Die Höhe der Stundenlöhne ergibt sich aus den Anlagen.

3. Vorstehende Regelung tritt am Montag, dem 18. Mai 1931, in Kraft.

4. Tarifvertrag, Mehrarbeitsabkommen sowie Lohnordnung können je mit vierwöchiger Frist zum Monatschluß, erstmalig am 30. November 1931, gekündigt werden.“

Won der durch die Arbeitszeitverkürzung eintretenden Lohnminderung entfällt auf die Grubenverwaltungen für den Tagebau ein Viertel und für die Arbeiter drei Viertel. Die Lohnkürzung je Schicht beträgt hiernach für den besitzbezahlten Arbeiter, das ist der Hauer im Tagebau, je Schicht 45 Pf., während die Lohnkürzung für denselben Arbeiter im Tiefbau je Schicht 20 Pf. ausmacht. Bei diesem Lohnausgleich ist zu beachten, daß bisher ein tariflicher Lohnabbau in Mitteldeutschland nicht eingetreten ist. Bei 25 000 Arbeitern im Tagebau beträgt die tägliche Arbeitszeitverkürzung eine halbe Stunde = 12 500 Stunden täglich. Bei weiteren 25 000 Arbeitern beträgt die Arbeitszeitverkürzung eine Stunde = 25 000 Stunden. Bei 8700 Arbeitern im Tiefbau beträgt die Verkürzung der Schichtzeit täglich eine halbe Stunde = 4350 Stunden. Das sind zusammen 41 850 Stunden.

Nach dem Bericht des Kameraden August Schmidt setzte eine lebhafte, aber sachliche Diskussion ein. Ueber ein Duzend Delegierte aus den einzelnen Revieren nahmen zu dem vorliegenden Abkommen Stellung. Delegierte aus dem Zeiger Revier betonten, daß die jetzige Regelung für den Tiefbau auch ein Fortschritt bedeute, aber noch nicht genüge. Es müsse auch im Tiefbau eine Arbeitszeitverkürzung erfolgen, die das bisherige Verhältnis zu den Tagesarbeitern beibehalte. Es sei darauf zu achten, daß die Unternehmer, die im letzten Jahre die Prämien ganz ungeheuer abgebaut haben, nicht auch diese Bewegung zum Anlaß nähmen, eine erneute Reduzierung der Prämien und Leistungszuschläge vorzunehmen. Vertreter aus den Tagebaubetrieben erkannten an, daß durch die Verhandlungen der Ge-

Internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau.

Auf der Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz, welche am 28. Mai d. J. in Genf beginnt, steht wiederum die Regelung der Arbeitszeit für den Kohlenbergbau. Die Ursache der Behandlung dieser Frage ist die seit Jahren bestehende besondere Lage auf dem Kohlenmarkt, die national und international zu den heftigsten Kämpfen und auch den unfaulsten Auseinandersetzungen führte. Zum Teil sind diese geführt worden mit Hilfe von Staatssubventionen, sei es durch direkte geldliche Unterstützung oder durch Gewährung von besonderen Frachvergütungen. Fast genau so wie heute der Sowjetstaat es macht, indem derselbe mit Staatsgeldern unterstützte russische Ware auf den Weltmarkt zu jedem Preis bringt, dort „Dumping“ betreibt und die russischen Arbeiter darben läßt, haben es im Laufe der letzten Jahre andere kohlenproduzierende Länder in etwas geringerem Ausmaß gemacht, indem auch sie unter Zuhilfenahme von Staatsgeldern die drohende Konkurrenz von der in ihrem Lande erzeugten Kohle abzuhalten versuchten. Daß darunter die Arbeiterchaft des Kohlenbergbaues zu leiden hatte, bedarf gar keines weiteren Beweises mehr. Bei allen Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen sowie auch bei Behandlung anderer sozialer Fragen wurde sowohl in Deutschland als auch in England und den anderen Staaten auf die Konkurrenz der Kohlenländer untereinander hingewiesen. Ein Land versuchte mit Rücksicht auf das andere Land, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der im Kohlenbergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter zurück zuhalten.

Mit diesen Zuständen hat sich zum ersten Male die Bergarbeiterinternationale schon im Jahre 1920 gelegentlich ihrer Tagung in Genf beschäftigt. Hier war es der verstorbene Bergarbeiterführer Otto Hue, der namens der deutschen Delegation die Aufmerksamkeit des Kongresses darauf lenkte und der Zeit entsprechende Entschlüsse vorschlug. Die Angelegenheit ist dann nicht mehr zur Ruhe gekommen, denn immer unhaltbarer wurde die Lage auf dem Kohlenmarkt, immer drohender das Gespenst einer größeren Arbeitslosigkeit. So besaßen sich dann die Internationalen Bergarbeiterkongresse in Brüssel 1925, in Nîmes (Frankreich) 1928 und in Krakau 1930 mit derselben Angelegenheit und verlangten insbesondere in den Beschlüssen von 1925 und 1928 vom Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes und vom Internationalen Arbeitsamt ein Eingreifen. Der erstere hat 1928, einige Monate nach dem Internationalen Bergarbeiterkongreß in Nîmes die sozialen Fragen, wie Arbeitszeit, Lohn, Urlaub u. a. dem Internationalen Arbeitsamt überwiesen. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat dann eine Technische Vorkonferenz der kohlenproduzierenden Länder für Januar 1930 nach Genf einberufen. An derselben beteiligten sich neun europäische Staaten. Neben den Regierungsvertretern war dieselbe Anzahl Arbeiter- und Arbeitgebervertreter anwesend.

Dieser Konferenz oblag es, an Hand des vom Internationalen Arbeitsamt gesammelten Materials einen Vorentwurf auszuarbeiten, welcher dann durch Beschluß des Verwaltungsrats der Internationalen Arbeitskonferenz vorgelegt werden sollte. Während die Technische Vorkonferenz in allen Fragen zu einer Verständigung oder Beschlußfassung mit Stimmenmehrheit kam, war dieses bezüglich der Dauer der Arbeitszeit nicht möglich. Alle hierzu gestellten Anträge verfielen der Ablehnung, darunter auch der Arbeitgeberantrag auf Beibehaltung der achtstündigen Schichtzeit.

Diese Lücke wurde ausgefüllt durch das Internationale Arbeitsamt, indem es der großen Arbeitskonferenz, welche im Juni 1930 tagte, einen Entwurf unterbreitete, der zwar im wesentlichen das Ergebnis der Technischen Vorkonferenz wiedergab, aber bezüglich der Dauer der Arbeitszeit unter Tage 7 1/4 Stunden Schichtzeit vorschlug. Aber auch während der dreiwöchigen Beratung dieser Konferenz war es nicht möglich, für eine internationale Regelung der Arbeitszeit eine Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten Delegierten zu erreichen. Insbesondere scheiterte die Konvention an der Ueberstundensfrage, bei der es vor allem die deutschen Regierungsvertreter waren, welche darauf bestanden, eine bestimmte Anzahl von

Ueberstunden in die Konvention hineinzusetzen, dem sich die Arbeitnehmerdelegierten und auch andere Regierungen auf das heftigste widersetzen.

Nunmehr wird die diesjährige Konferenz nochmals denselben Gegenstand zur Beratung und Beschlußfassung haben. Es ist aber in diesem Jahre auch die Braunkohle einbezogen, und zwar sowohl der Tage- als auch der Tiefbau, während im vorigen Jahre die Braunkohle durch Beschluß aus geschlossen wurde, weil das vorliegende Material des Internationalen Arbeitsamtes hierin lückenhaft war. Die Unternehmer der Braunkohle des Deutschen Reiches sind gegen die Einbeziehung derselben, während die Arbeiterdelegierten geschlossen für die Einbeziehung der Braunkohle eintreten werden. Es wird dabei natürlich in der Dauer der Schichtzeit ein Unterschied gemacht werden müssen zwischen den Arbeiten des Tage- und denen des Tiefbaues.

Wie sich die Unternehmer in der Gesamtheit zu der Einbeziehung der Braunkohle mit der Steinkohle in ein Abkommen verhalten werden, ist zur Zeit noch unbekannt. Jedoch darf man der Auffassung zuneigen, daß sie bei ihrer Einstellung sich von vornherein grundsätzlich gegen eine internationale Konvention und damit auch gegen die Einbeziehung der Braunkohle wenden werden. Die Einstellung derselben ist ja aus dem Vorjahre zur Genüge bekannt: sie lehnen jede internationale Regelung ab! Am liebsten würden die Unternehmer es sehen, wenn sie die Schichtzeit allein regeln könnten.

Den wichtigsten Streitpunkt auf der Konferenz wird aber die Dauer der Schichtzeit unter Tage abgeben. Der Vorentwurf des Internationalen Arbeitsamtes schlägt hier wiederum 7 1/4 Stunden vor. Die Arbeitergruppe wird dazu beantragen, die siebenstündige Schichtzeit einzusetzen. Angesichts der katastrophalen Entwicklung, wie sie gerade im letzten Jahre auf dem Kohlenmarkt eingetreten ist, verbunden mit einer ungeheuren Arbeitslosigkeit im Bergbau und der Tatsache, daß auf Grund der technischen Entwicklung und der stark vermehrten Maschinenarbeit auch in der Zukunft, selbst bei günstigen Konjunkturlagen, keine Möglichkeit gegeben ist, den zur Entlassung gebrachten Bergarbeitern in der Gesamtheit je wieder in den Kohlenruben Beschäftigung geben zu können, müßte auf der diesjährigen Arbeitskonferenz sich eine große Mehrheit für eine erhebliche Verkürzung der Schichtzeit finden. Das aber hängt sehr wesentlich von den Regierungsvertretern und den Arbeitgeberdelegierten ab. Weil von den letzteren aber nichts zu erwarten ist, bleibt die Entscheidung in sehr starkem Umfange bei den Ländern regierungen.

Aber auch in der Frage der Ueberstunden werden die Meinungen recht stark umstritten sein. Während einzelne Regierungen und die Arbeitgeber wahrscheinlich geschlossen oder nur mit sehr wenig Ausnahmen eine größere Anzahl von zulässigen produktiven Ueberstunden haben wollen, werden die Arbeiterdelegierten darauf bestehen, daß Ueberstunden nur in einem ganz geringen Ausmaß und nur bei dringender Notwendigkeit zulässig sein dürfen, wie es überhaupt in der jetzigen Zeit während der großen Erwerbslosigkeit eine starke Zustimmung ist, über die Zulassung produktiver Ueberstunden zu reden.

Auch die Frage der Einbeziehung der Tagesbetriebe der Steinkohle wird weiter Gegenstand der Auseinandersetzungen sein. Es ist nicht möglich, die Tagesbetriebe der Steinkohle außerhalb des Abkommens zu lassen, während die Tagebaubetriebe der Braunkohle dem Abkommen unterstellt werden.

Das sind nur einige der wichtigsten Fragen, die in Genf entschieden werden müssen. Ueber eine ganze Anzahl der in dem amtlichen Vorentwurf sonst noch enthaltenen Bestimmungen gibt es große Meinungsverschiedenheiten, so daß also Zündstoff genügend vorhanden ist. Trotz alledem ist zu hoffen, daß es dieses Jahr in Genf gelingt, doch zu Mehrheitsbeschlüssen zu kommen, die für die Arbeiterchaft des Kohlenbergbaues auch tragbar sind. Die Bergarbeiterschaft wünscht zwar sehr eine internationale Regelung der Arbeitszeit, aber nicht um jeden Preis!

Organisation	31. 12. 29 Insgesamt	Rheinland 31. 12. 30	Westfal-Lippe 31. 12. 30	31. 12. 30 Insgesamt
Fabrikarbeiterverband	31 747	21 375	14 953	36 328
Friseurverband	577	504	55	559
Gesamtverband	75 827	52 421	16 932	69 353
Graphischer Hilfsarbeiter- verband	4 086	2 614	1 263	3 877
Holzarbeiterverband	28 026	11 722	15 630	27 352
Hotelangestelltenverband	3 002	1 830	814	2 644
Kutnarbeiterverband	310	357	9	366
Kupfer schmiedeverband	388	196	150	326
Landarbeiterverband	1 457	455	813	1 268
Lederarbeiterverband	2 148	1 465	269	1 734
Lithographenverband	2 798	2 210	558	2 768
Malerverband	6 802	4 438	2 052	6 490
Maschinen- und Heizer- verband	6 211	4 577	1 548	6 125
Messerverband	854	510	412	922
Metallarbeiterverband	150 197	78 998	65 214	144 212
Musikerverband	2 837	1 397	735	2 132
Nahrungsmittel- u. Ge- tränkearbeiterverband	22 585	13 709	8 597	22 306
Sattlerverband	2 838	1 814	863	2 677
Schornsteinfegerverband	388	231	204	435
Schuhmacherverband	5 268	4 927	172	5 099
Steinarbeiterverband	4 735	2 982	1 212	4 194
Tabakarbeiterverband	13 242	1 622	11 399	13 021
Textilarbeiterverband	34 785	25 856	7 849	33 705
Zimmererverband	7 004	3 495	2 853	6 348
	587 327	323 321	244 230	567 551

Der Musikerverband hat den größten Rückgang (24,84 Proz.) aufzuweisen. Radio und wesentliche Verbesserung der mechanischen Musik verdrängen den Berufsmusiker immer mehr, stellenweise ist er vollkommen überflüssig geworden. Das Baugewerbe wurde von der Ungunst der Verhältnisse am meisten betroffen, waren doch die Mitglieder der baugewerblichen Organisationen bis zu zwei Drittel, teilweise noch mehr, arbeitslos. Der Bestand des Baugewerksbundes verringerte sich um 8,42 Prozent, des Dachdeckerverbandes um 11,34 Prozent, des Malerverbandes um 4,58 Prozent, des Steinarbeiterverbandes um 11,42 Prozent und des Zimmererverbandes um 9,36 Prozent. Der Mitgliederrückgang der baugewerblichen Verbände dürfte nicht unbedingt gleichgesetzt werden mit einem tatsächlichen Verlust, da aus arbeitsmarktpolitischen Gründen zweifellos eine Abwanderung aus dem Westen erfolgt ist.

1926 wurden erstmalig die weiblichen Mitglieder erfasst. Die Entwicklung ergibt sich aus nachstehender Uebersicht:

Jahr	Rheinland	Westfalen-Lippe	Insgesamt
1926	24 434	18 299	42 733
1927	26 325	21 928	48 253
1928	34 192	23 713	57 905
1929	33 832	23 577	57 409
1930	29 779	19 085	48 864

Der Rückgang bei den weiblichen Mitgliedern beträgt von der Gesamtabnahme 32,9 Prozent und dürfte darauf zurückzuführen sein, daß ein Teil der Frauen durch die große Arbeitslosigkeit veranlaßt wurde, als Arbeitnehmer auszuscheiden und die häusliche Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Die Zählung der Mitglieder, getrennt nach Provinzen, ergibt seit 1922 folgende Verteilung:

Jahr	Rheinland	Westfalen-Lippe	Insgesamt
1922	669 832	422 428	1 092 260
1923	528 962	365 341	894 303
1924	264 483	213 744	478 227
1925	279 993	210 244	490 237
1926	265 454	191 349	456 803
1927	314 098	219 895	533 993
1928	333 081	243 429	576 510
1929	346 053	241 274	587 327
1930	323 321	244 230	567 551

Diese Aufstellung läßt erkennen, daß der gesamte Rückgang 1930 auf die Rheinprovinz entfällt. Die rheinische Wirtschaft hat unter den Kriegsfolgen, der Abtrennung wichtiger Gebiete, unter fremdem militärischen Druck stark gelitten. Die Gewerkschaftsbewegung wurde davon beeinflusst. Einige Gebiete sind jungfräulicher gewerkschaftlicher Boden, so daß die kommunistische Partei mit ihren Sonderorganisationen größeres Unheil anzurichten vermochte. Die westfälische Gewerkschaftsbewegung ist zweifellos einige Punkte konstanter als die rheinische.

Die Bevölkerung der Provinzen Rheinland und Westfalen gehört in überwiegender Mehrheit der katholischen Konfession an; das hat zur Folge, daß die christlichen Gewerkschaften in diesem Gebiet ebenfalls einen beachtlichen Wirtschaftsfaktor darstellen. Ihre Entwicklung unterliegt aber den gleichen Gesetzen wie die der freien Gewerkschaften. Aus den nachfolgenden Zahlen, die aus den Jahrbüchern der christlichen Gewerkschaften entnommen sind, ist das Stärkeverhältnis zu den freien Gewerkschaften zu erkennen:

Jahr	Rheinland	Westfalen	Insgesamt
1927	173 719	132 167	305 886
1928	190 534	146 711	337 245
1929	202 056	148 128	350 184

Die Zahlen für 1930 liegen noch nicht vor. Zur Berufung der Beisitzer bei den Arbeitsgerichtsbehörden wurden für den Bezirk der Bezirksregierungen im November 378 568 Mitglieder benannt. Diese Zahl, die zum Teil auf Schätzungen beruht, dürfte aber zu hoch gegriffen sein. Die Mitgliederzahl der kirchlichen Dunderfchen Gewerkschaften liegt zwischen 50- bis 55 000.

Die Gegner der freien Gewerkschaften, deren Zahl sicher nicht gering ist, haben es nicht vermocht, die freigewerkschaftliche Front einzudrücken. Ein Beweis dafür, daß die Bewegung nach allen Seiten hin gesund ist und getragen wird von überzeugten und kampferprobten Funktionären, die auch schwierigen Zeiten zu trotzen vermögen. Die Zukunft ist wahrlich nicht rosig. Voraussetzungen können leicht zu Irrungen führen. Eins kann aber mit Bestimmtheit betont werden, daß die freien Gewerkschaften sich als mächtiger Wirtschaftsfaktor nicht beiseite drängen lassen. Auch in Zukunft müssen Unternehmertum und Staat mit dieser Gewerkschaftsmacht rechnen. Sie noch weiter auszubauen und zu stärken, ist Aufgabe ihrer Mitglieder in der kommenden Zeit.

E. Arnold, Düsseldorf.

Die freien Gewerkschaften Westdeutschlands im Krisenjahr 1930.

Die 1929 einsetzende Wirtschaftsdpression hat sich im Jahr 1930 von Monat zu Monat verschärft, so daß am 31. Dezember in Rheinland 521 506, in Westfalen 347 829 und im Reich 4 438 910 Arbeitsuchende gezählt wurden. Die Folgen der konjunkturellen und besonders strukturellen Veränderungen der Wirtschaft, der Technisierung und Rationalisierung, der Ueberkapazität der Produktionsstätten, der Fehlleitungen von Kapitalien, der politischen Verheerung und anderer Faktoren hatte fast ausschließlich die Arbeiterchaft zu tragen. Für das Unternehmertum war die Zeit gekommen, mit besonderer Energie ihre seit Jahren vertretenen Forderungen zur Durchführung zu bringen. Der Druck auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen war außerordentlich stark. Die Reichsregierung machte sich die Unternehmer-Lohnabparole zu eigen. Der Kampf gegen den kollektiven Tarifvertrag und das Schlichtungswesen, gegen Arbeiterschutz und Sozialversicherung tobte wie nie zuvor. In der ihren zur Verfügung stehenden Presse und in großen Kundgebungen versuchten die sogenannten Wirtschaftsführer, die Deffenflichkeit von der Richtigkeit ihres Tuns zu überzeugen. Teile des Volkes, die an einer kaufkräftigen Arbeiterchaft das größte Interesse haben müßten, leisteten Gefolgschaft. Die Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeiterchaft zu schwächen, war Hauptziel. Unfreiwillige Bundesgenossen waren die Kommunisten, die in der Wühl- und Hegarbeit gegen die Gewerkschaften 1930 besonders produktiv tätig waren und zur Gründung der RSD. übergingen, nennenswerten Erfolg jedoch in keiner Weise erzielten.

Die freien Gewerkschaften dürften die Belastungsprobe für die innere Kraft und Festigkeit durchaus bestanden haben. Die von den Bezirks- und Gauleitungen der Verbände dem Bezirkssekretariat des ADGB. in Düsseldorf gelieferten Berichte ergeben zum Jahreschluß 1930 für die Provinzen Rheinland und

Westfalen und den Freistaat Lippe-Detmold als Bestand insgesamt 567 551 Mitglieder.

Unter Berücksichtigung der schwierigen Wirtschaftslage vermochten trotzdem 7 Verbände die Mitgliederzahlen um 6126 gegenüber dem Vorjahre zu erhöhen. Der Fabrikarbeiterverband, auf den die größte Zunahme entfällt, hat seine Mitgliederzahl um 14,42 Prozent steigern können. Die Belegschaftsziffern des Steinkohlenreviers Ruhrbezirk im Januar 1930 betragen 383 478, im Januar d. J. 287 956 — also eine Belegschaftsverminderung von 95 522 —, und wenn dann der Bergbauindustriearbeiterverband trotzdem seine Mitgliederzahl um 1320 (1,89 Prozent) steigern konnte, dürfte dies durchaus als erfreulich betrachtet werden können. Die übrigen, dem ADGB. angeschlossenen Verbände haben allerdings einen Verlust von insgesamt 25 902 zu verzeichnen, so daß die Gesamtabnahme der Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre 19 776 = 3,36 Prozent beträgt. Dieser Rückgang ist jedoch im Verhältnis zu der großen Arbeitslosigkeit von geringerer Bedeutung, wenn berücksichtigt wird, daß erfahrungsgemäß schlechte Wirtschaftslage fast immer einen Mitgliederrückgang aufzuweisen hat. Ueber die Entwicklung der einzelnen Landesteile und Verbände unterrichtet die nachstehende Tabelle:

Organisation	31. 12. 29 Insgesamt	Rheinland 31. 12. 30	Westfal-Lippe 31. 12. 30	31. 12. 30 Insgesamt
Baugewerksbund	53 019	26 950	21 601	48 551
Bekleidungsarbeiter- verband	10 756	3 818	6 155	9 973
Bergbauindustriearbeiter- verband	59 517	25 183	45 654	70 837
Buchbinderverband	4 061	2 019	1 713	3 732
Buchdruckerverband	13 216	9 198	4 062	13 260
Dachdeckerverband	2 106	1 224	643	1 867
Einheits-Verband der Eisenbahner	26 540	15 224	9 838	25 062

20. Woche Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 10. bis 16. Mai 1931

Bericht der Hauptkasse für das Geschäftsjahr 1930.

(1. Februar 1930 bis 31. Januar 1931.)

Einnahme.	
An Kassenbestand	21 841,82 M.
Beiträgen	6 102 806,08 "
Eintrittsgelder	22 279,68 "
Abonnenten	9 084,18 "
Extrabeiträgen und Sammelgelder	28 534,85 "
Rückzahlungen	141 272,72 "
Zinsen	416 261,89 "
Druckfachen, Bücher und Broschüren	100 130,83 "
Einnahme aus Grundstücken	34 389,91 "
Aufwertungen	5 166,47 "
Diverse Einnahme	399 292,40 "
Banken und Sparkassen	118 830,25 "
	7 406 390,53 M.

Ausgabe.	
Per Vergütung an die Ortsverwaltungen	748 876,70 M.
Vergütung an die Bezirke	1 124 079,97 "
Konferenzen und Generalversammlung	157 477,80 "
Agitation und Versammlungen	44 732,01 "
Erwerbslosenunterstützung	3 119 917,08 "
Streik- und Gemahregelienunterstützung	469 654,17 "
Besondere Unterstützung (einschließlich Weihnachtsunterstützung)	52 331,00 "
Sterbegeld	107 690,81 "
Rechtsschutz und Gerichtskosten	81 722,19 "
Verbandsorgane, Druckfachen, Porto	481 873,93 "
Bildungszwecke	163 253,50 "
Verwaltungskosten, persönlich	150 398,00 "
Verwaltungskosten, sächlich	43 118,94 "
Versicherungsbeiträge einschließlich Versicherung für ehrenamtliche Funktionäre	151 468,14 "
Bundesbeiträge	103 113,69 "
Unterhaltskosten für Grundstücke	30 441,23 "
Diverse Ausgabe	372 862,81 "
Banken und Sparkassen	
Kassen- und Scheckbestand	7 779,06 "
	7 406 390,53 M.

Vermögensübersicht am 31. Januar 1931.

1. Grundstückskonto	726 674,00 M.
2. Hypotheken, Darlehen und Beteiligungen	1 651 686,39 "
3. Effekten	1 885 963,75 "
4. Banken und Sparkassen	4 569 879,98 "
	8 834 204,12 M.
Bestand in den Bezirkskassen	709 636,16 M.
Bestand in den Ortskassen	121 855,62 "
	9 665 625,90 M.

H. Wittner, Kassierer.

Vorstehende Abrechnung wurde mit den Belegen, Büchern und der Kasse in Übereinstimmung befunden.

Bochum, den 12. April 1931.

Für den Vorstand: Borgschulze.

Für die Kontrollkommission: Kauer mann.

Anmerkung zum Kassenbericht.

Ein Jahr schlimmster Wirtschaftskrise, wie sie die deutsche Arbeiterschaft wohl überhaupt noch nicht erlebt hat, liegt hinter uns. Die Gewerkschaften haben während dieser Zeit nie gefannter Arbeitslosigkeit nicht nur ihren Mitgliederstand gehalten, sondern — was wohl ebenso wichtig ist — die Beitragseinnahme in fast gleicher Höhe wie im Jahre 1929.

Dasselbe trifft auch für unseren Verband zu. Trotz Beleglichkeitsverminderung und Kurzarbeit ist der Mitgliederstand fast derselbe geblieben. Die Beitragseinnahme stellt sich nur um 6000 M. niedriger als im Jahre 1929.

Die Beitragseinnahme betrug im Jahre 1930: 6 109 806,08 M. gegenüber dem Jahre 1929 mit 6 115 780,20 M.

Die ersten drei Quartale 1930 wiesen sogar noch ein größere Beitragseinnahme auf als für die gleiche Zeit im Jahre 1929. Wenn die Einnahme im letzten Quartal zurückging, dann verdankt dies durch die immer mehr zunehmenden Feierlichkeiten fast im gesamten Kohlenbergbau, in Verbindung mit dem sehr großen Beleglichkeitsabbau. Es ist aber wertvoll, feststellen zu können, daß trotz schlimmster Wirtschaftskrise die Mitglieder des Verbandes zu ihrer Organisation nicht verloren haben und ihre Organisationskraft stabil erhielten.

Neben dem Hauptkassenbeitrag wurden in den Bezirken noch vereinnahmt aus Bezirksbeiträgen 751 255,64 M., so daß die Einnahme aus ordentlichen und Bezirksbeiträgen insgesamt 6 860 561,67 M. beträgt.

Die Einnahme aus Eintrittsgeldern betrug im Berichtsjahre 22 279,68 M., im Jahre 1929: 33 158,50 M.

Der Rückgang an Eintrittsgeldern ist wohl zum Teil mit dadurch verbunden, daß durch den Rückgang der Beleglichkeits von 160- bis 170 000 Mann das Agitationsfeld viel kleiner wurde.

Die Einnahme von Privatabonnenten und an Extrabeiträgen betrug im Jahre 1929: 22 159,11 M., im Berichtsjahre 37 619,03 M., das ergibt ein Mehr von 15 459,92 M.

Die Einnahme aus Zinsen betrug im Berichtsjahre 416 261,89 M., im Jahre 1929: 411 693,88 M., mithin 1930 mehr 4568,11 M.

Die Einnahme aus Grundstücken betrug im Berichtsjahre 34 389,91 M., im Jahre 1929: 50 491,70 M. Obwohl die Einnahme 1930 geldlich geringer ist, war die Verzinsung für das in den Grundstücken investierte Kapital deshalb besser, weil die Ausgabe für Reparaturen usw. geringer war als 1929.

Der in der Ausgabe für Grundstückskosten erscheinende Betrag besteht zum größten Teil aus Grundstückserwerbskosten, die von der Hauptkasse vorgelegt, später aber von den Bezirken wieder zurückgezahlt wurden. Der zurückgezählte Betrag erscheint mit unter der Position „Rückzahlungen 141 272,72 M.“

Der nochmals in Erscheinung tretende Einnahmebetrag von 5166,47 M. für Aufwertungen ergibt sich aus den geleglich höher aufzuwertenden Spareinlagen bei Sparkassen aus der Inflationszeit.

Der Posten Diverse Einnahme setzt sich, wie alljährlich, zusammen aus Durchgangsbuchungen, die sich aus Abrechnungssätzen und Gutschriften der Bezirke ergeben. Der dann noch verbleibende Teil setzt sich zusammen aus den Angefallen am Gehalt gefürzten Steuern und Beiträgen zur Sozialversicherung, die unter der Position „Diverse Ausgabe“ nach Abführung an die zuständigen Stellen wieder in Ausgabe gestellt sind.

Die Einnahme für Banken mit 118 830,25 M. zeigt, daß die im Berichtsjahr vereinnahmten Beitragsgelder zur Deckung der Unkosten nicht ausgereicht haben.

Am deutlichsten tritt das Krisenjahr 1930 in der Ausgabe für Unterstützungseinrichtungen des Verbandes in Erscheinung. Während fast alle anderen Ausgabeposten im Gegenjahr zu 1929

eine Verminderung aufweisen, haben sich die Ausgaben für Unterstützungszwecke fast verdreifacht.

Die Ausgabe für Unterstützungen betrug im Jahre 1929: 1 563 931,22 M., im Berichtsjahre 3 750 193,06 M. oder 61,4 Prozent der Einnahme aus Beiträgen.

Die Mehrausgabe wurde verursacht durch die Weihnachtsunterstützung im Betrage von 52 331 M., durch Streikunterstützung im Betrage von 469 654,17 M., in der Hauptsache aber durch Ausgabe für Erwerbslosenunterstützung im Betrage von 3 119 917,08 M. Allein die Ausgabe für Erwerbslosenunterstützung betrug für das Berichtsjahr 100 Prozent mehr als die Gesamtausgabe für alle Unterstützungen im Jahre 1929.

Der größte Teil der Ausgabe für Erwerbslosenunterstützung entfällt in der Hauptsache wieder auf die im Berichtsjahre gezahlte Kurzarbeiterunterstützung. Getrennt sind in der Ausgabe für Erwerbslosenunterstützung enthalten für Erwerbslosigkeit im Krankheitsfalle 755 117,46 M., für Erwerbslosigkeit infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit 2 364 799,62 M.

Es wurde mithin im Jahre 1930 nicht nur die gesamte Beitragseinnahme, sondern der gesamte Zinsertrag mit verbraucht, so daß an Rücklage für den Kampffonds überhaupt nichts übrig blieb.

Die Ausgabe für Konferenzen und Versammlungen ist im Berichtsjahre um 57 702,53 M. höher als im Jahre 1929. Die Mehrausgabe enthält die Kosten für die im Jahre 1930 stattgefundene Generalversammlung in Breslau.

Gleichfalls verdoppelt hat sich im Jahre 1930 die Ausgabe für Rechtsschutz. Im Jahre 1929 betrug die Ausgabe 44 502,93 M., im Berichtsjahre 81 722,19 M. Außerdem wurden aus den Bezirkskassen noch weitere 88 733,61 M. für Rechtsschutz verausgabt, so daß die gesamte Ausgabe für Rechtsschutz und Gerichtskosten für das Berichtsjahr etwa 170 000 M. beträgt.

Die Ausgabe für Bildungszwecke hat sich gegenüber dem Jahre 1929 um etwa 20 000 M. vermindert.

Die Ausgabe der Hauptkasse für Bildungszwecke betrug 1929: 180 672,99 M. und 1930: 163 253,50 M. Gleichzeitig wurden aus den Bezirkskassen für Bildungszwecke weitere 115 266,23 M. verausgabt.

Ungefähr gleich hoch geblieben ist die Ausgabe für die Herstellung unserer Verbandspresse, wofür im Jahre 1929: 476 426,11 M. und im Jahre 1930: 481 873,93 M. verausgabt wurden.

Die Ausgabe für Verwaltungszwecke, soweit Gehälter, sächliche Verwaltungskosten und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich der Versicherung für ehrenamtliche Funktionäre in Frage kommen, betrug 1929: 434 757,25 M. und 1930: 344 985,08 M.

Auf den Ausgabeposten Grundstücke haben wir schon in der Anmerkung zur Einnahme verwiesen, desgleichen auf die Posten „Diverse Einnahme und Ausgabe“.

Achtung! Arbeitskammer = Wahlen für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau.

Kameraden!

Voraussichtlich finden am 9. Juli d. J. die Arbeitskammer = Wahlen für den Ruhrbergbau statt. Es gilt, schon jetzt die Vorarbeiten in Angriff zu nehmen. Jedes Verbandsmitglied ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der 9. Juli ein Ehrentag für unsern Verband wird.

Der „neutrale“ Gewerksverein.

In der „Bergbau-Industrie“ vom 18. April besprachen wir das Ergebnis der diesjährigen Betriebsratswahlen und schrieben dabei über das Resultat im Ruhrbergbau u. a. folgendes: „Die christlichen Gewerkschaften haben, wie die Zahlen zeigen, einen Verlust von knapp 2 Prozent aufzuweisen, obwohl sie programmäßig antimarkistisch eingestellt sind, den Klassenkampfgedanken ablehnen und politisch dem Zentrum nahe stehen. Logischerweise hätte man unter dem Druck der Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen politischen Radikalisierungsprozeß für die christlichen Gewerkschaften einen größeren Verlust als für die freien erwarten dürfen.“

Diese Bemerkungen nimmt der „Bergknapp“, das Organ des christlichen Gewerksvereins, zum Anlaß, um seinen Lesern folgendes mitzuteilen: „Dem Verfasser in der „Bergbau-Industrie“ ist ein Irrtum unterlaufen. Die christlichen Gewerkschaften stehen nicht dem Zentrum nahe, sie sind in jeder Beziehung unabhängig und parteipolitisch neutral. Das möchten wir doch ausdrücklich feststellen.“ Man stellt also ausdrücklich fest, daß die christlichen Gewerkschaften dem Zentrum nicht nahe stehen und daß unsere Auffassung irrig ist. Was ist nun richtig? Haben wir den christlichen Gewerkschaften Unrecht getan und ist die Richtigstellung des Gewerksvereins angebracht? Aufgepaßt!

Vor kurzem berichtete der Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes: „Wir können heute die statistische Zahl von 31 Abgeordneten im Reichstag verzeichnen, die dem Deutschen Gewerkschaftsbund an führender Stelle angehören bzw. aus ihm hervorgegangen sind.“ Von diesen 31 Reichstagsabgeordneten gehören 22 dem Zentrum bzw. der Bayerischen Volkspartei an. Von den übrigen neun Reichstagsabgeordneten gehören sechs dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband an. Sämtliche Repräsentanten der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Reichstag, soweit es sich um die Vertreter der Arbeitergewerkschaften handelt, gehören also zu der Zentrumspartei. Im Preussischen Landtag ist es nicht anders. Von 31 Abgeordneten des christlichen Gewerkschaftsbundes gehören rund 20 dem Zentrum an. Im Badischen, Bayerischen u. Hessischen Landtag sind, von einem deutschnationalen Vertreter abgesehen, sämtliche christ-

Ein Vergleich der beiden Jahresabschlüsse 1929 und 1930 zeigt, daß im Jahre 1929 bei einer Beitragseinnahme von 6 115 780,20 M. eine Rücklage für den Kampffonds im Betrage von 1 859 450,31 M. gemacht werden konnte, während im Jahre 1930 infolge der hohen Ausgabe für Unterstützungen für den Kampffonds nichts übrig blieb.

Gewiß zu keiner Zeit, solange die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen bestehen, wird den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der Wert ihrer gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen, besonders der Erwerbslosenunterstützung, so bemußt geworden sein wie in dem schlimmen Krisenjahr 1930. Möge diese Erkenntnis dazu beitragen, gewerkschaftliche Ueberzeugung und gewerkschaftliche Treue noch mehr zu festigen, um mit Hilfe der Gewerkschaften ein System zu ändern, welches Millionen arbeitsfreudige Menschen zu Arbeitslosigkeit und Hungern verdammt und sie obendrein noch zwingt, die Kosten für Zeiten der Arbeitslosigkeit überwiegend noch selbst aufzubringen.

H. Hansmann & Co., Bochum.

Soll		Bilanz am 31. Dezember 1930		Haben	
	M.	℥		M.	℥
Kasse	6 464	21	Rohmaterial	24	81
Poltsched	17	00	Darlehen	375 000	00
Vaut	493	00	Nach zu deckende		
Zuwartar	3 853	50	Unkosten	2 000	43
Maschinen	41 784	48	Saldo	264	02
Schriften	2 851	00			
Grundstück I	92 200	00			
Grundstück II	180 499	00			
Grundstück III	49 100	00			
Anteil	20	00			
	377 288	70		377 288	70

Gewinn und Verlust am 31. Dezember 1930

	M.	℥		M.	℥
Abreibungen	2 870	00	Zeitung	59 417	50
Lohn	98 787	34	Grundstückverloren	13 176	44
Personalvericherung	13 192	14	Druckfachen	42 308	33
Fabrikationskosten	8 153	81	Buchbinderei	28 600	31
Handlungsunkosten	6 653	56			
Beizung und Beleuchtung	3 135	74			
Steuer	6 544	07			
Saldo	204	02			
	134 601	58		134 601	58

Bochum, den 31. Dezember 1930.

H. Hansmann & Co.

Wilh. Kauer mann.

Geprüft und richtig befunden:

Der Vorstand:

Der Kontrollauschuß:

F. A. Karl Borgschulze.

F. A. Gust. Jung.

lichen Gewerkschaftsvertreter Mitglieder des Zentrums bzw. der Bayerischen Volkspartei. Nicht ein einziger Abgeordneter der christlichen Gewerkschaftsrichtung gehört der Sozialdemokratischen oder Kommunistischen Partei an.

Haben wir deshalb zuviel behauptet, wenn wir betonten, daß die christlichen Gewerkschaften dem Zentrum nahe stehen? Das Urteil hierüber überlassen wir unseren Lesern.

Kommunistisches Theater.

Wie üblich, so spielte die Kommunistische Partei auch in dem gegenwärtigen Tarifkonflikt im Ruhrbergbau eine höchst fragwürdige und zweifelhafte Rolle. Abgesehen von den Lügen und Schwindelmeldungen über angebliche Geheimkonferenzen, servierte die kommunistische Ruhrpresse am 8. April beispielsweise folgende aufsehenerregende Nachricht:

„Unter Berücksichtigung der einzelnen Positionen nimmt die geplante Verschlechterung des Rahmentarifs ein so ungeheuerliches Ausmaß an, daß der Vorschlag des Bergbaulichen Vereins einem Lohnraub von 35 bis 40 Prozent gleichkommt. Der Angriff auf den garantierten Mindestlohn ist das Hauptziel der Unternehmer.“

Danach sollte also ein 30- bis 40prozentiger Lohnraub geplant sein. Ferner sollte der durch die „reformistischen“ Gewerkschaften erkämpfte Mindestlohn das Hauptziel des Unternehmerangriffes sein. Am 21. April äußerte sich die kommunistische Presse wie folgt:

„Das faschistische Zechenherrenpad geht auf Gansel! Die sozialen Zuschläge und das Haushaltsgeld sollen restlos gestrichen und die Ueberstundenzuschläge, die Urlaubsergütung, Urlaubstage sowie der Bezug der Deputatlohn brutal gekürzt werden. Der Mindestlohn des Bedingearbeiters soll nicht mehr der gleiche sein, wie der Lohn des Reparaturbauers, sondern um 5 Prozent niedriger liegen. Und schließlich soll die reguläre Achtstundenschicht mit dem Ziel einer Arbeitszeitverlängerung diktiert werden. Schamlosester Lohnraub in allen Punkten!“

Nachdem die Gewerkschaften durch ihre Forderungen zum Gegenstande ausgeholt hatten, orakelte die kommunistische Presse drei Tage später wie folgt:

„Solche Forderungen sollen den Kumpels Sand in die Augen streuen. Es wird keinen Menschen im Ruhrgebiet geben, der an die Ernsthaftigkeit solcher Vorschläge glaubt.“

Während man also die Unternehmerforderungen als die größte Gefahr und als einen unerhörten Angriff darstellte, beantwortete man die gewerkschaftlichen Forderungen als „Sirenenruf“ und nicht ernst zu nehmende Vorschläge.

Nachdem es den Gewerkschaften dann in mehrtägigen langwierigen Verhandlungen gelungen war, die Angriffe im wesentlichen abzuwehren, drehten die Kommunisten den Spieß um. Anstatt nun zuzugeben, daß es den Unternehmern dank des gewerkschaftlichen Widerstandes nicht möglich war, den 30- bis 40prozentigen Lohnraub durchzuführen, spricht man nun von einem „Schandspruch“ und einem Komplott Brüning-Husmann. Und zwar ergeht man sich in den stärksten Schimpereien, obwohl man auf der anderen Seite zugibt, daß die durch den Schiedspruch eintretenden Nachteile nur 0,75 Prozent der Lohnsumme je Förder-tonne bzw. 1 Prozent Lohnverschlechterung ausmachen.

Es gibt keinen Verbandskameraden und keinen Gewerkschaftler im Ruhrgebiet, der den Schiedspruch gurbeißt, sondern auf der Not gehorchend, ihn als das kleinere Übel in Kauf nimmt. Wenn man aber der Schreideweise der kommunistischen Presse folgt, wonach die Gewerkschaften einen 30- bis 40prozentigen Lohnraub verhindert haben, dann haben die Bergarbeitergewerkschaften ein Ergebnis erzielt, auf das sie stolz sein können. Die Kommunisten haben deshalb gar kein Recht und nicht die geringste Ursache, diesen Schiedspruch als Anlaß zu einer wüsten Heße gegen die Gewerkschaften zu nehmen.

HAUS UND LEBEN

Die gewerkschaftliche Befreiung der Frau.

Es gibt mehr als 3/4 Millionen verheiratete erwerbstätige Frauen in Deutschland. 1 Million verwitwete und geschiedene Frauen sind erwerbstätig und rund 1/2 Million unehelicher Mütter. Aber fast alle stehen im harten Kampfe um das tägliche Brot. Alle sind eingespannt in das kapitalistische Arbeitsleben, das mit solcher Profitberechnung dem weiblichen Wesen zuwider ist.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist eine Kulturgefahr auch deshalb, weil sie die weibliche Eigenart nicht zur Entfaltung bringt. Kultur kann nur sein, wenn männliche Art und weibliches Wesen harmonisch das Zusammensein gestalten. Aber im Kapitalismus kann das schöpferische Ausleben der Frau in ihrer Wesensart nicht sein.

Der Geschäftsgestalt der kapitalistischen Wirtschaft widerspricht der weiblichen Eigenart. Denn der Sinn der kapitalistischen Wirtschaft ist auf das Ich gerichtet, auf den Vorteil des einzelnen, während in der Frau das Mütterlich-Schenkende liegt. Der Kapitalismus kann nur durch Verstandeskräfte gehalten werden, während gerade im Wesen der Frau ein Bedürfnis nach einem ethischen Sinn alles Schaffens vorhanden ist.

Der Kapitalismus bedeutet die Vermännlichung des Lebens. Er läßt das Urkünstliche der Frau nicht zur freien Entfaltung kommen und hält damit der Menschheit ein Stück großen Kulturschöpfertums vor.

„Vom Mütterchen“ hatte der alte Goethe, wie er es ja einmal ausgesprochen, die „Froh natur“ und die „Lust zu fabulieren“. Im Frauenherzen liegt etwas Künstlerisches, es ist „so nah mit Kunst verwandt“, wie es Goethe sagte. Eine große Kultur könnte nie sein, wenn Frauen nicht die Menschheit trügen und wenn Frauen der Menschheit aus ihrem Frauenwesen nicht immer neu austeilten, etwas von diesem unspannenden Fühlen, ohne das große Kulturschaffen gar nicht möglich ist.

Darum muß das Wirtschaftsleben so gestaltet sein, daß das Wesen der Frau in ihm eine Pflegenstätte findet. Zur Kultur der weiblichen Seele gehört die Ruhe, gehört die Beschaulichkeit. Das Hasten und Jagen und Sorgen, von dem die proletarische Frau im heutigen Wirtschaftsleben erfaßt wird, ist der Kultur des Mütterlichen zuwider. Das Liebende im Wesen der Frau hat ein Leben in wirtschaftlicher Sicherheit nötig, wenn es sich ganz entfalten und in Fülle auf die Kinder austeilten soll. Und Kinder brauchen diese volle Liebe der Mutter, wie das Weisheit den Sonnenschein.

Wenn die gewerkschaftliche Bewegung bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft, so erstrebt sie damit nicht nur ein wirtschaftlich-soziales Ziel für die arbeitende Frau und die Familie der Hausfrau und Mutter. Mit der sozialen Freiheit erzwingt die Bewegung zugleich die neue Kultur auch des Weiblichen. Die neue soziale Gestaltung des Wirtschaftslebens ist nötig, daß die Frau in der menschlichen Gesellschaft als Frau ihre große, heilige Aufgabe erfüllen kann.

Wenn trotzdem der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Frauen noch so gering ist und so viele Ehefrauen noch nicht das volle Verständnis besitzen für den Gewerkschaftskampf ihres Mannes, so liegt das vielleicht an dem mangelnden Erkennen, das unter den arbeitenden Frauen noch über den Kultursinn des Gewerkschaftskampfes herrscht. Viele Frauen finden in dem von ihnen als nur nüchtern und wirtschaftlich gesehenen Kampfe nicht die Befriedigung ihrer weiblichen Eigenart. Sie glauben im sozialen Kampfe des Verbandes nicht die menschliche Wärme für ihre Seele zu finden, und so stehen sie dann oft abseits vom Kampfeswege ihrer Arbeitschwestern und ihrer Männer.

Auch gegnerische Philosophen und Ethiker sehen wohl die Gefahr, die das heutige Wirtschaftsleben dem Wesen der Frau bietet. Man spricht da von einer „Verknüpfung der Frauenseele mit der Welt des Mannes“, von der „seelischen Vermännlichung im Heute und den Folgen, die das auch für die „Beziehungen der Ehe“ bedeutet. Aber man erkennt drüber die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Wirtschaftsordnung zur Freiheit der Frau nicht an.

Demgegenüber haben wir den schaffenden Frauen zu zeigen, wie der Kapitalismus mit der wirtschaftlichen Not auch ihre Seele verkümmern läßt. Die eigene glaubende Seele muß die Frauenseele dabei zum Schwingen bringen. Das Unspannende des gewerkschaftlichen Menschheitsgedankens muß in der Frau das Mütterliche rühren. Der geistige, künstlerische und sittliche Sinn der gewerkschaftlichen Befreiungstat muß im Fühlen der Frau zu Freude werden und Willen und Glauben und Opferlust und zu einem Bedürfnis, die Bewegung zu fördern, die da solchem Ziele dient.

Dr. Gustav Hoffmann.

Wieviel Uhr mag es sein?

Wir haben es oft im Gefühl, wieviel Uhr es ist. Wir treffen es mit unserer Vermutung oft sogar ganz genau. Wir wundern uns dann über das „Erraten“, während es in Wirklichkeit ein neuer Zeitfönn des Menschen ist, der da nach den neuen Untersuchungen der Wissenschaft wird.

Immer allerdings haben wir dieses Zeitgefühl nicht. Oft wundern wir uns, wie schnell die Zeit vergangen ist. Dann staunen wir über das schnelle Bergehen der Zeit, wenn wir auf die Uhr blicken. So ist es ja bekanntlich oft, wenn wir einmal abseits vom Alltag einige Stunden in froher Gesellschaft verleben.

So ist es auch in unserem Traum. Welche Wanderungen unternehmen wir da nicht im Traume! Wie viele Stunden schäzen uns da beim Erleben zu verinnen! Welche lange, bange Zeit schweben wir da hin und wieder in Gefahr und Angst! Und doch haben neue wissenschaftliche Untersuchungen ergeben, daß die durchschnittliche Dauer eines Traumes nur 30 Sekunden ist.

Durch im Verhältnis zur Zeitgeschichte irren wir mit unserem Zeitgefühl oft. Es gibt ja Zeiten, die kriechen, und Zeiten, in denen sich das Geschehen überstürzt. Wie heute. Was erleben wir heute in einigen Jahren alles an Neuem! Und da ist es

Die Syndizii.

Wortbeflissen wie sonst nie
Sind die braven Syndizii,
Wenn es gilt, mit Wortgebröhne
Fleiß'ger Arbeit wad're Söhne
Um den mag'ren Lohn zu prellen.
Ja, im Lohnabbau, da stellen
Diese Leutchen ihren Mann.
Jeder redet, was er kann,
Um den Lohnraub zu begründen
Und Erfolg herauszuschinden.
Aber ach, Apoll zum Hohne:
Jeder redet nach Schablone,
Jede Rede ist daselbe!
An der Spree und an der Elbe,
An der Oder, an dem Rheine,
An der Pleiße, an dem Maino —
Überall spürt man, o Wunder,
Stets den gleichen Redezunder.
Erstens sind die Zeiten schlecht,
Zweitens sei es gar nicht recht,
Wenn der brave Index sinkt,
Daß der Lohn nicht unbedingt
Sich entsprechend gleichfalls senke.
Drittens heißt es dann — man denke! —
In den andern Industrien
Sei der Lohn noch nie gedieh'n
Zu der märchenhaften Höhe,
Die hier zur Debatte stehe,
Und der, wenn es noch so bleibe,
Ohne jede Gnade treibe
Todesicher zum Ruine.

So doziert mit ernster Miene,
Mit gefurchter Stirn und schweigend,
Manchmal stehend, manchmal sitzend,
Jeder brave Syndikus,
Und dann kommt er zu dem Schluß,
Daß der Lohn zu dieser Frist
Wiel zu hoch bemessen ist,
Und er fordert, feß und schlau,
Angemess'nen Lohnabbau!

Fast ein jeder Syndikus
Hat mit heißem Fleiß das Zus
Einst als Universitäter
— Mancher früher, mancher später —
Sich sehr mühsam einstudiert,
So daß heute munter ziert
Seinen Namen das Dr.,
Und das heißt: Gelehrter Herr!
Aber ach, Gelehrsamkeit
Ist bei solchem Meinungsstreit
Immer in der Minderheit!
Von Gelahrtheit keine Spur!
Jeder spricht sein Verslein nur,
Daß dem strengen Auftraggeber
Keine Lausragt an der Leber,
Daß er von dem Redebrei
Überaus befriedigt sei!

Ja, die Herren sind vom Zus,
Zus heißt Recht. Doch dieses Plus
An Gelahrtheit ist nur Märchen,
Lebt bei diesen glatten Herrchen
Nur in ihrer Phantastie
Und ist bittere Ironie.
Was sie sagen, ist im Tone
Immer gleich, ist nur Schablone;
Angelernter Schnickschnack ist es,
Abhub jenes trüben Mistes,
Den gewisse Volksgelahrten
Gegen Zeilenpreis verehrten
Logik und Vernunft zum Hohn
Der diversen Reaktion.
Und für wahres Menschenrecht,
Das gebührt dem ärmsten Knecht,
Fehlt den Herrchen jede Kenntnis.
Sie beherrscht nur das Verständnis
Für den heiligen Profit,
Der dem Kapital erblüht,
Wenn das Volk bei niederm Lohne
Vegetiert in harter Frone.

Ach, ihr edlen Syndizii!
Nie und nie und nochmals nie
Möcht in eurer Haut ich stecken!
Lieber möchte ich verrecken!
Euer Wirken ist Verneinung
Jedes menschengeword'nen Rechts,
Ist das Wirken nur des Knechts
Für des Vorgesetzten Meinung.
Eure Rechtsgelehrsamkeit
Ist ein eitles Wortgefömmel,
Und von Recht und Menschlichkeit
Habt ihr keinen blassen Schimmer!
Freilich, euer Tun ist zünftig,
Zünftig laut Juristenzunft,
Aber heute und auch künftig
Weit entfernt von der Vernunft!

T a e f s.

verständlich, daß wir bei der Nachprüfung nach diesem oder jenem schließlich staunen: „Was! So lange ist das schon her?“

Doch im ruhigen, bewußten Geschehen, da haben wir das Gefühl für die Zeit. Im gleichmäßigen Tageslauf. Ja, so stark ist das Gefühl für die Zeit bereits in den Menschen geworden, daß es auch im Unbewußten des Menschen ist, wenn er z. B. schläft. Nur so ist es zu erklären, wenn Menschen oft genau auf die Stunde, zu der sie erwachen müssen, auch die Augen aufschlagen, ohne ein Wecken von außen, durch andere oder durch eine Uhr.

Natürlich ist dieser Zeitfönn noch verschieden entwickelt. Bei manchen ist er noch schwach. Aber daß es andererseits Menschen gibt, die, wie es die wissenschaftlichen Untersuchungen zeigten,

bis auf kleine Fehlgrenzen von nur 3 Minuten die Zeit ohne Uhr angeben können, das beweist, daß da etwas Neues in der Sinneswelt der Menschen im Werden ist.

Der Mensch hat seine Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Entwicklung ist Natur- und Menschenart, die niemals stillstehen kann. Die Entfaltung des Geistes und der Seele des Menschen ist das Wesen des Menschen. Und das soziale Leben muß so geartet sein, daß sich dieser Mensch, dessen Sinn, Größe und Zukunft wir immer mehr ahnen, seinem innerlichen Wesen entsprechend frei entfalten kann.

Dr. Gustav Hoffmann.

Arbeitslos!

Der Erste und Fünfzehnte jeden Monats sind für die Bergarbeiter die Kündigungsfristen. An diesen Tagen befindet sich mancher Bergmann in sonderbarer Stimmung. Die Frage, ob er seine Arbeitsstelle behalten wird oder nicht, kommt dann oft zur Entscheidung. Mit der Frage des Broterwerbs aber hängt die ganze Lebensfrage zusammen. Darum sind diese beiden Daten im Monat Tage, in denen manche Sorge doppelt schwer wird.

An diesen Tagen gehen die meisten Bergarbeiter etwas früher zur Schicht. Jeder ist gespannt und neugierig, ob er „dabei“ ist, ob ihn das Los der fünf Millionen Erwerbslosen trifft. Schneller gehen sie als sonst. Unruhe treibt sie. Gedanken an Weib und Kinder quälen sie. Das Redentor verhängt sie gieriger, lauernder als sonst. Fördertürme drohen unheimlich und werden zur graujamen Schicksalsfrage manches Bergmanns. Da — vor der Marktbude staut sich die Menge. Die Bergleute schieben und drängen sich vor dem Bekanntmachungsstaßen. Ein jeder will wissen, was mit seiner Zukunft wird, die sich hier entscheidet. Stimmen werden: laut. Enttäuschung, Hoffnungslosigkeit, stille Freude, die vielleicht nur vierzehn Tage währt, malt sich in den grauen, harten Gesichtern. Empörung wühlt dumpf in den Gemütern derer, denen gekündigt wurde. Ein leichtes Aufatmen bei denen, die noch bleiben können.

Unter diesen, von der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Ausgestoßenen, Ueberzähligen, bin auch ich. Zehn Jahre lang, von frühester Jugend an diene ich dem Moloch Kapital. Zehn Jahre lang fräßen lärmende Maschinen, staubige, dumpfe, todgeschwängerte Grubenbaue Leib und Seele. Zehn Jahre laugte aus mir der Unternehmer seine Profite. Und jetzt? Jetzt bin ich übrig. Die Grubenbarone brauchen mich nicht mehr. Abgangsmangel ist der Kündigungsgrund. Abgangsmangel, Krise — Zeichen der heutigen „Wirtschaftsordnung“, die nur Profite kennt, die durch ihre Planlosigkeit das Volk verhungern läßt bei vollen Scheunen. Im Geiste seh ich mich schon eingereicht in das Millionenheer, welches verzagt und müde, hoffnungslos, verzweifelt in die Tage blickt. — Doch Kopf hoch! Noch steht der Verband treu zu mir. Er hilft mir. Er ist jetzt meine stärkste Stütze. Das gibt mir Gewißheit und Lebenskraft. Mit mir wurde 31 Mann gekündigt. Keiner von ihnen ist Mitglied im Verband. Ihre Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit rächt sich an ihnen selbst. Mich unterstützt der Verband. Kameradschaft, Gemeinschaftsinn hat das stolze Werk, den Verband, geschaffen. Ich seh für den Verband, der Verband für mich. Einer für alle und alle für einen!

Ich geh und zieh mich um. In der Waschkauz sprechen die Kumpels schon gar nicht mehr über die Kündigungen. Man ist es schon gewohnt. Seit über einem Jahre schon wird den Leuten gekündigt. Ich verfare die letzte Schicht. Mir steht der Urlaub zu, den ich morgen antrete. Stumm nehme ich dann in der Grube Abschied von allen Dingen. Wie ein letzter Gruß funkeln die glühenden Kohlenstöbe. Wer weiß, wann ich die trocknen, zusammengedrückten Kohlenwälder wiedersehe. Der Nutschenmotor brummt und pfeift, als singe er mir den Abschied. Es will so recht nicht mehr gehen mit der Arbeit. Meine Gedanken sind daheim bei meiner Frau, bei meinen Eltern. Was werden sie sagen? Mein Vater ist seit Jahren Invalide. Mutter ist dauernd krank. Zwei Geschwister ohne Arbeit und jegliche Unterstützung. Die Miete zahle ich. Sie ist hoch, viel zu hoch. Manches fehlt in unserm Haushalt. Jetzt wird noch mehr fehlen. Mit diesen Gedanken beende ich meine letzte Schicht. —

Als ich um die Straßenecke biege, seh' ich meine Frau schon im Fenster. Sie wartet auf mich. Sonst lachte sie mir entgegen. Heute verfinstert sich ihr Gesicht. Sie sieht mich mit meinem Bündel ankommen. Das sagt ihr genug. Sie fragt nicht. Ich grüße leise. Schweigend essen wir zu Mittag. Traurig blickt sie mich an. Dann wischt sie sich verstoßen ein paar Tränen aus den Augen. Ich spreche ihr Mut zu. Draußen singt übermütig ein Vogel. Die Sonne strahlt frühlingserweckend über unsere ungewisse Zukunft. Lange Zweige der Straßensäume strecken lichtungstüchtig ihre dicken Knospen bis an unsere Fenster. Die Frühling- und Lebensfreude ist getrübt. Wir beißen die Zähne aufeinander und hoffen von neuem.

Walter Geier.

Schluß mit dem Gesundheitsabbau!

Nachdem der Deutsche Städtetag und die Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugendberholungs- und Heilfürsorge sich in Entschlieungen und Aufrufen gegen einen Abbau in der vorbeugenden Gesundheits- und Erholungsfürsorge durch Einschränkung des Fürsorgepersonals eingesetzt haben, hat jetzt das Präsidium des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose eine Warnung vor vorzeitigem und übertriebenem Abbau in der Tuberkulosefürsorge erlassen. In dieser Warnung wird ausgeführt, daß den in den vergangenen Jahren erzielten erfreulichen Fortschritt in der Tuberkulosebekämpfung die zunehmende Verschärfung der Wirtschaftslage wieder in Frage zu stellen droht. Nichts wäre beklagenswerter und im Hinblick auf die Gefunderhaltung unseres Volkes verkehrter, als auch in wirtschaftlicher Hinsicht unzuwäsmäßiger als ein vorzeitiger und übertriebener Abbau in der Tuberkulosefürsorge. Als Grundfönn muß festgehalten werden, daß die vorbeugende Fürsorge unter allen Umständen erhalten bleiben muß. Es geht daher nicht an, die Sparmaßnahmen etwa mit dem Abbau von Fürsorgepersonal zu beginnen. Tüchtige Fürsorgerinnen, die die Familien betreuen, und gut vorgebildete Ärzte, die sichere Diagnosen stellen, bedeuten für die Träger der Fürsorge schon aus dem Grunde keine unzulässige finanzielle Belastung, weil sie durch ihre Tätigkeit in erheblichem Maße dazu beitragen, die zukünftigen Wohlfahrtslasten zu verringern.

Lehren aus der Alsdorfer Grubenexplosion.

(Schluß.)

Die Rettungskammern.

Am schwerfälligsten kommt man in der Frage der Rettungskammern vom Fleck. Hier kommt es hauptsächlich auf die Initiative der Grubenbesitzer an. Die Aufsichtsbehörde verhält sich aber auch passiv, so daß es nicht einmal zu Anfängen gekommen ist. Im Mansfelder Kupferschieferbergbau hat man Schutzkammern geschaffen gegen Gasausbrüche, die ihrem Charakter nach etwas Ähnliches sind als die Schutzmaßnahmen gegen Gasausbrüche im Waldenburger Kohlenbergbau. Während in Waldenburg die Belegschaft beim Schließen von den Arbeitspunkten weit genug hinter dicke Schleusen zurückgezogen wird, stehen den Kupferschieferbergleuten in den gefährdeten Grubenbauen, weniger weit vom Arbeitspunkt entfernt, Fluchtkammern zur Verfügung. Vor dem Schließen zieht sich die Belegschaft dorthin zurück, um bei einem eventuellen Gasausbruch geschützt zu sein. Eine Telefonverbindung sorgt für Benachrichtigung nach oben bei eventueller Gefahr. Die Luftversorgung geschieht durch eine Preßluftleitung. Für den Fall, daß diese zerfallen wird, stehen Sauerstoffgeräte zur Hand. Diese Einrichtungen sind, obwohl zu anderen Zwecken, im kleinen das, was wir fordern. Bei gutem Willen geht es also!

Die Amerikaner bauen auf der bereits erwähnten Neigung ihrer Bergleute zum Selbstschutz durch Rauchdämme auf. Die Bergbehörde empfiehlt die Einrichtung von Rettungskammern, die gar nicht kostspielig zu sein brauchen. Auch in Deutschland glaubt kein Mensch mehr an die technische Undurchführbarkeit. Die Opfer von Alsdorf sowohl wie die von Minister Stein — um nur die kräftigsten Beweise anzuführen — klagen an. Läßt das erschütternde Bild aus dem Unterwerksbau Anna II noch immer solche brennenden Probleme mit Handbewegungen abtun? Wer bringt das noch fertig?

Beachtenswert sind die vielen Vorschläge auf Verlegung der Preßluftleitung in die Sohlen der Strecken, um sie vor Zerstörung zu schützen. Auf Anna II hätte das auch nicht geholfen, weil die Leitung an der Kalenhangebank zerrissen wurde. Aber es gibt unendlich viel Beweise über Selbstrettung durch Preßluft. So hat sich z. B. bei dem Grubenbrand auf Anna I während der Kriegsjahre ein Mann stundenlang an der geöffneten Preßluftleitung in ständig durchziehenden Brandgasen am Leben erhalten und wurde gerettet. Die Vorschläge sind deshalb gut und auch absolut durchführbar, ohne Kosten-erhöhung.

Organisation des Selbstrettungswesens und Schulung.

Jedenfalls ist eine Schulung der Bergleute über Verhalten bei Explosionen nötig. Es empfiehlt sich z. B., Gruppen von fünf bis zehn Mann zu bilden, deren Führer die Baue kennen und für alle Eventualfälle Abwehrmaßnahmen zu treffen wissen. Dazu gehört, solange kein vollkommenes Netz zu Rettungskammern besteht, das Zurückziehen in geschützte Baue und Errichtung von Schutzdämmen, soweit ein Fluchtweg mit Selbstrettungsapparaten nicht möglich ist.

Widersprüche gegen unsere Vorschläge erledigen sich durch die unwiderlegbare Tatsache, daß die Zahl jener, die sich selbst aus den schlimmsten Nachschwadern retteten, vielfach größer ist als Rettungen durch besonders ausgebildete und mit Gaschutzgeräten versehene Rettungsmänner. Aus diesem Grunde ist die Belegschaft auch im vorstehenden Ausmaß über die Bergung Verletzter und sonstige Maßnahmen, z. B. Beseitigung von Wetterstörungen, zu unterrichten. Kameraden aus benachbarten, nicht betroffenen Bauen sind immer früher zur Stelle als die Rettungsleute. Jetzt müssen sie aus Unkenntnis und Machtlosigkeit untätig zusehen. In Alsdorf und auch anderwärts haben, wie schon geschildert, ungeschulte Belegschaftsmitglieder längst die Grubenbaue befahren, bevor die Rettungskolonnen nach Schema F vorgingen. Atemschutz natürlich auch für Ketter aus Belegschaftskreisen! Es brauchen nicht immer die komplizierten Gaschutzgeräte zu sein.

Was im Bergbau noch besonders fehlt, sind brauchbare Kohlenoxydmeßer, ein Gebiet, das gleichfalls noch geradezu sehr vernachlässigt ist. Sind solche zur Hand, dann können die Gefahren besser erkannt und abgeschätzt werden.

Rettungswehren.

Es hat keinen Zweck, nach großen Explosionen Berichte herauszugeben über das pünktliche Erscheinen der Rettungswehren und über deren systematisches Vorgehen usw. Dadurch wird vielfach der Eindruck erweckt, als hätten die Rettungskolonnen alle Aufgaben vollkommen gelöst. Die Hauptfrage heißt aber anders: Bis zu welchem Zeitpunkt wurden alle betroffenen Grubenbaue befahren und alle in Gefahr befindlichen Bergarbeiter einschließlich Verletzte geborgen? Die Antwort auf diese Frage ergibt bei all den großen Explosionen ein mehr als betriebländes Bild. Die Bergung auf Anna II haben wir beleuchtet, und auch auf Minister Stein besand sich z. B. eine große Kolonne Bedrohter stundenlang in einem Abbaustoß und wurde erst viel später tot geborgen. Dieselben Vorgänge auch in anderen Fällen! Das wird sich und kann sich auch nicht bei künftigen Fällen ändern, wenn die Unzulänglichkeit nicht durch grundlegende Reformen beseitigt wird. Die Bergarbeiter haben auf den bisherigen Rettungsmechanismus keinen Einfluß, sie werden ferngehalten, weil sie nach Ansicht „kluger“ Leute nichts davon verstehen, oder weil es sie nichts angeht.

Die Unzulänglichkeit liegt im folgenden Urübel: Bei kleinen Explosionen oder anderen, Menschenleben gefährdenden Vorkommnissen, wie z. B. Grubenbrand, kleineren Gasausbrüchen usw., genügen die lokalen Wehren. Bei großen Katastrophen dagegen müßten sofort mehrere hundert Rettungsleute zur Stelle sein, damit alle betroffenen und bedrohten Grubenbaue möglichst bald befahren werden können. Ein derart schnelles Massenaufgebot ist unmöglich, auch bei noch größerer Ausdehnung des heutigen Systems. Aber nur dann erfüllt das Rettungswesen seinen Zweck, wenn verhindert wird, daß Verletzte und Bedrohte stundenlang auf Hilfe warten müssen, um doch noch unter fürchterlichen körperlichen und seelischen Qualen zugrunde zu gehen. Rettungskolonnen, die da kommen, um bereits gasfreie Baue zu befahren und Lote zu bergen, haben den Zweck nicht erfüllt. Um Widersprüche oder Einwendungen zu begegnen, betonen wir ausdrücklich: Dem heutigen Rettungswesen verdanken wir gewiß viele Menschenleben. Die Zahl derer, die noch hätten gerettet werden können, wenn der Rettungsmechanismus ausgereicht hätte, übersteigt die Zahl der Geretteten bedeutend, oft um das zehn- bis hundertfache.

Um einen Überblick über das Wesen und die Arbeit der Grubenwehren (das ist die offizielle Bezeichnung; die Bergleute sagen Rettungsmannschaften) zu bekommen, muß man das vorhandene statistische Material, das vom Preussischen Grubenversicherungsamt jährlich festgestellt wird, zu Rate ziehen. Wir ziehen hierzu einen Zeitabschnitt von fünf Jahren heran, und zwar die Jahre 1924 bis 1928 einschließlich. Jüngere Zahlen sind noch nicht veröffentlicht. Der von uns gewählte Zeitabschnitt ist besonders geeignet, weil sich darin eine Periode großer Grubenexplosionen befindet, und zwar im Jahre 1925 mit 130 Toten auf Minister Stein, 50 auf Dörfel und andere.

Rettungswehren unterhalten, gut oder minder ausgebildet, alle nennenswerten Bergbauzweige. Doch erfordert nur der Steinkohlenbergbau besonders große Betätigung. In Preußen gibt es sechs Hauptrettungsstellen: Beuthen, Waldenburg, Halle, Clausthal, Essen und Aachen. Ihre Aufgaben sind: Einrichtung, Organisation und Ueberwachung der Wehren in ihrem Bereich sowie die theoretische und praktische Ausbildung der Mannschaften und Führer. Die Anzahl der auf den preussischen Gruben und Rettungsstellen vorhandenen Schutzgeräte schwankte während der fünf Jahre um 8000 herum. Davon waren beispielsweise im Jahre 1928: 86 Prozent freitragende (= mit komprimiertem Sauerstoff versehene) und 14 Prozent Schlauchgeräte. Bei letzteren wird bekanntlich die Frischluft durch Pumpe und Schlauch zugeführt.

In den fünf Jahren (von 1924 bis 1928) wurden Rettungswehren eingesetzt:

	Anzahl aller Fälle	vom Hundert	Anzahl der geretteten Menschen	Durchschnittszahl aller Geräte auf einen Fall
Überhaupt	331	100	2 081	8,1
Davon zur Rettung und Erhaltung von Eigentum	290	87,0	2 136	7,3
Zur Rettung von Menschen	41	12,4	548	13,3

Die Statistik zeigt, daß das Rettungswesen durchaus nicht als eine rein soziale Einrichtung anzusehen ist, wie viele Außenstehende annehmen und auch nicht auf dieses finanzielle Belastungsskonto zu setzen ist. Es ist fast 9 zu 1 eine wirtschaftliche Angelegenheit.

Folgende Statistik zeigt, aus welchen Ursachen die Wehren eingesetzt wurden und wieviel Menschen sie gerettet haben:		Bei Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen	Bei Austritten natürlicher Gase (Gasausbrüche u. a.) und Anschlägen anderer höher oder matter Wehler	Bei Grubenbränden	Summa
1924	Anzahl der Fälle, in denen Grubenwehren eingesetzt wurden	2	5	7	14
	Es wurden Menschen gerettet	mit Rettungsgeräten	20	9	29
		ohne Rettungsgeräten	30	0	30
1925	Anzahl der Fälle, in denen Grubenwehren eingesetzt wurden	3	3	2	8
	Es wurden Menschen gerettet	mit Rettungsgeräten	4	7	11
		ohne Rettungsgeräten	5	3	8
1926	Anzahl der Fälle, in denen Grubenwehren eingesetzt wurden	1	2	5	8
	Es wurden Menschen gerettet	mit Rettungsgeräten	8	2	10
		ohne Rettungsgeräten	—	1	1
1927	Anzahl der Fälle, in denen Grubenwehren eingesetzt wurden	—	4	1	5
	Es wurden Menschen gerettet	mit Rettungsgeräten	—	11	11
		ohne Rettungsgeräten	1	—	1
1928	Anzahl der Fälle, in denen Grubenwehren eingesetzt wurden	—	3	4	7
	Es wurden Menschen gerettet	mit Rettungsgeräten	—	9	9
		ohne Rettungsgeräten	7	2	9
Sa.:	Anzahl der Fälle, in denen Grubenwehren eingesetzt wurden	6	17	19	42*
	Es wurden Menschen gerettet	mit Rettungsgeräten	7	47	54
		ohne Rettungsgeräten	5	41	46
			12	88	100
	Durchschnittlich wurden pro Fall (Einsatz der Grubenwehren) Menschen gerettet	2,0	5,17	1,31	2,97

* Der Unterschied zwischen dieser und der Ziffer in der vorhergehenden Statistik beruht auf einem ungelösten Fehler in der umliegenden Statistik

Diese Zahlen erhärten das schon Gesagte. Bei geringeren Gefahren erfüllen die Rettungswehren ihren Zweck, bei großen dagegen sind sie fast wirkungslos. Noch schlagender sind folgende Zahlen. Es waren gefährdet und wurden gerettet in den fünf Jahren:

	Bei Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen	Bei Austritten natürlicher Gase (Gasausbrüche u. a.)	Bei Anschlägen sonstiger höher oder matter Wehler	Bei Grubenbrand
Unmittelbar Gefährdete	226	111	21	52
Gerettete	12	77	11	25
vom Hundert	0,53	69,3	52,3	48,1

Wir erheben keinen Vorwurf gegen die Rettungsmänner, aber gegen das unzulängliche System. Krasser kann das Verjagen bei großen Explosionen nicht illustriert werden. Bei Grubenbränden zum Beispiel sind die Brandschwaden gewiß giftiger als bei Explosionen, und trotzdem bessere Rettungserfolge! Das liegt daran, daß es sich bei Grubenbränden um enger begrenzte Gefahrenfelder handelt und die dafür notwendige Anzahl Rettungsleute zur Hand ist.

Wenn man nun, wie es logisch richtig ist, hier die Bereitschaft der Wehren zur Rettung von Sachwerten ausschaltet, dann kommt man zu folgendem Schluß: Weil für ausgedehnte Gefahren (große Grubenexplosionen) die erforderliche Masse an Rettungsmannschaften überhaupt nicht frühzeitig herbeigeschafft werden kann, muß die Belegschaft zur Selbstrettung und Mithilfe herangebildet werden. Und wer nun gleich mit dem Bleistift zur Hand ist, um auszurechnen, wieviel mehr man dann für den Schutz von Menschenleben ausgeben müsse, dem sei gesagt, daß das jetzige Rettungswesen verbilligt und doch verbessert werden kann. Greifen wir das größte Bergbaurevier, das Ruhrgebiet, zum Beispiel heraus. Heute werden dort auf fast allen Gruben Rettungsgeräte unterhalten, wozu besondere Räume und Personal notwendig sind. Größere Werke unterhalten heute schon gemiffermaßen Berufswehren, ebenfalls besondere Übungs- und Ausbildungsräume. Dazu kommen die vielen Übungsfunden der nebenamtlich tätigen Rettungsmänner. Wenn man nun auf allen größeren Plätzen des Ruhrgebiets, wie Hamm, Dortmund, Bochum, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Essen usw. ständige, d. h.

berufsmäßige Rettungswehren

unterhält, dann stellt sich die Einrichtung im Gesamtergebnis bestimmt billiger. Für das Gesamtgebiet kommt man mit etwa zehn solcher Berufswehren aus. Bei der heutigen Verfehrtechnik würde die Fahrzeit von der Wache bis zur weit entferntesten Grube bestenfalls 15 Minuten, im Durchschnitt viel-

Folgende Statistik zeigt, aus welchen Ursachen die Wehren eingesetzt wurden und wieviel Menschen sie gerettet haben:		Bei Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen	Bei Austritten natürlicher Gase (Gasausbrüche u. a.) und Anschlägen anderer höher oder matter Wehler	Bei Grubenbränden	Summa
1924	Anzahl der Fälle, in denen Grubenwehren eingesetzt wurden	2	5	7	14
	Es wurden Menschen gerettet	mit Rettungsgeräten	20	9	29
		ohne Rettungsgeräten	30	0	30
1925	Anzahl der Fälle, in denen Grubenwehren eingesetzt wurden	3	3	2	8
	Es wurden Menschen gerettet	mit Rettungsgeräten	4	7	11
		ohne Rettungsgeräten	5	3	8
1926	Anzahl der Fälle, in denen Grubenwehren eingesetzt wurden	1	2	5	8
	Es wurden Menschen gerettet	mit Rettungsgeräten	8	2	10
		ohne Rettungsgeräten	—	1	1
1927	Anzahl der Fälle, in denen Grubenwehren eingesetzt wurden	—	4	1	5
	Es wurden Menschen gerettet	mit Rettungsgeräten	—	11	11
		ohne Rettungsgeräten	1	—	1
1928	Anzahl der Fälle, in denen Grubenwehren eingesetzt wurden	—	3	4	7
	Es wurden Menschen gerettet	mit Rettungsgeräten	—	9	9
		ohne Rettungsgeräten	7	2	9
Sa.:	Anzahl der Fälle, in denen Grubenwehren eingesetzt wurden	6	17	19	42*
	Es wurden Menschen gerettet	mit Rettungsgeräten	7	47	54
		ohne Rettungsgeräten	5	41	46
			12	88	100
	Durchschnittlich wurden pro Fall (Einsatz der Grubenwehren) Menschen gerettet	2,0	5,17	1,31	2,97

* Der Unterschied zwischen dieser und der Ziffer in der vorhergehenden Statistik beruht auf einem ungelösten Fehler in der umliegenden Statistik

leicht 10 Minuten betragen. Die an sich tüchtigere, weil berufsmäßige, Rettungsmannschaft würde noch früher zur Stelle sein als die heutigen Rettungskolonnen, die erst in der Grube oder in der Umgebung zusammengesucht werden müssen. Die Unglücksgrube müßte allerdings einen grubenbaukundigen Führer stellen, was aber auch heute schon für auswärtige Wehren notwendig ist. Diese Berufswehren müßten einer Hauptrettungsstelle unterstellt werden, deren ständiger Ausbildung sie unterliegen. Man spart dagegen nebst den oben schon erwähnten Positionen auch noch an Rettungsgeräten, deren Anzahl bedeutend erniedrigt werden könnte. Bei großen Explosionen sei die Abwehr der Belegschaft im vorhin verlangten Sinne ein. Werden aber außer der zuständigen weitere Rettungskolonnen benötigt, dann können sie von den benachbarten Wachen mit noch größerer Formigkeit als bisher herangeholt werden.

Reformen sind also nicht nur notwendig, sondern möglich. Der Schutz gegen die Nachschwaden bei Explosionen muß verbessert werden! Schudy.

Die Fachveranstaltung „Grubensicherheit“ in Köln.

Allseitige Unterstützung.

Neben den bergbaulichen Verbänden, die sich in dem Arbeitsausschuß für die in der Zeit vom 25. Juni bis 5. Juli 1931 in Köln stattfindende Fachveranstaltung „Grubensicherheit“ zusammengefunden haben, sind in den letzten Wochen noch eine Reihe von wissenschaftlichen und sonstigen an der Ausstellung interessierten Instituten und Organisationen als Förderer der Veranstaltung gewonnen worden. Zu nennen sind hier in erster Linie die Reichsnappschafft (Berlin), die Technische Hochschule Berlin, die Preussische Bergakademie Clausthal, die Bergschule Siegen und die Sächsische Versuchsstrecke Freiberg (Sa.). Auch das Reichsarbeitsministerium hat sich bereit erklärt, die Fachveranstaltung zu unterstützen.

Explosionsvorgänge und -grenzen. — Die Wirkung des Kohlenoxyds.

Die Bergbau-Abteilung an der Technischen Hochschule in Berlin wird sich an der Fachveranstaltung „Grubensicherheit“ in Köln (25. Juni bis 5. Juli 1931) mit einer Darstellung von Forschungsarbeiten beteiligen, die in den Laboratorien der Hochschule über Probleme, die mit der Grubensicherheit zusammenhängen, gemacht werden. So wird sie u. a. Versuchsapparaturen zur Klärung der Explosions-

vorgänge und zur Feststellung der Explosionsgrenzen ausstellen. Ein weiteres, auch die breite Öffentlichkeit besonders interessierendes Ausstellungsobjekt ist eine Versuchseinrichtung zur Darstellung der Wirkung von Kohlenoxyd auf Lebewesen und des geeigneten Filterzuges. Die Ausstellung wird von dem Professor an der Berliner Technischen Hochschule Bergrat Dr. Tübben zusammengestellt.

Die Sächsische Versuchsstrecke an der Bergakademie Freiberg (Sachsen), deren Arbeitsgebiet sich im wesentlichen auf die wissenschaftliche Erforschung der Gefahren in Bergwerksbetrieben und Bricketfabriken erstreckt, wird sich ebenfalls an der Fachveranstaltung „Grubensicherheit“ beteiligen.

Kameraden, denkt an die Werbearbeit!

Aus der Rechtschugmappe.

Lohnabbaupflege und Wirtschaftskrise bleiben auch auf die Rechtsschugfähigkeit des Verbandes nicht ohne Einfluß. Es gilt mehr denn je, Uebergriffe der Arbeitgeber abzuwehren und diese zur Pflichterfüllung ihren Arbeitnehmern gegenüber zu zwingen. Daneben müssen auch die Rechte des einzelnen aus der Sozialversicherung im vermehrten Umfange wahrgenommen werden, so daß hier ein umfangreiches Tätigkeitsgebiet durch die Organisation bewältigt werden muß. Die beste Anerkennung ist dann auch der erzielte Erfolg.

So berichtet der Bezirk Waldenburg für das 1. Vierteljahr 1931 einen Barerfolg von 91 015,35 M. Darunter waren zwei grundlegende Klagen aus dem Tarifvertrag, deren Erfolg sich allein auf 80 000 M. bezieht.

Im Bezirk Hannover wurden im 1. Vierteljahr 1931 insgesamt 100 730,82 M. erstritten. Die Summe verteilt sich auf die einzelnen Geschäftsstellen wie folgt: Hannover 1 302,00 M., Celle 1 677,30 M., Helmstedt 6 627,97 M. und Weine 91 123,55 M. In unserer Geschäftsstelle Peine mußte durch das Eingreifen des Verbandes 1 250 Arbeitern der Miederhütte die zu Unrecht vorenthaltene Arbeitslosenunterstützung für die Dauer von vier Wochen im Gesamtbetrag von etwa 90 000 M. ausbezahlt werden.

So erfüllt der Verband seine Pflicht!

Die russischen erwerbslosen „Faulenzler“.

Kürzlich unterhielt ich mich zufällig — denn, weil meistens zwecklos, unterhalte ich mich nicht gern mit diesen Leuten — mit einem Kommunisten über die Erwerbslosenfrage. Selbstverständlich kamen wir auch auf die erwerbslosen Arbeiter in Rußland zu sprechen. Natürlich bekam ich gleich die allen bekannte Antwort (übrigens eine Hundsgemeinheit, wenn ein deutscher erwerbsloser Arbeiter von seinen Leidensgenossen in Rußland so niederträchtig redet) zu hören: „Die Erwerbslosen in Rußland sind alles Faulenzler, die nicht arbeiten wollen.“

An Hand eines Beispiels will ich versuchen, die Sache zu illustrieren. Es ist oft leicht verständlicher, wie eine genaue wissenschaftliche Definition. Nach so mancher weiß nicht, wie es sich mit den russischen „Faulenzern“ verhält. Und so mancher Schwadronier würde beschämt den Mund halten, statt über die nicht weniger als beneidenswerten russischen Arbeitsbrüder, die das Malheur hatten, erwerbslos zu werden, lächerlich herzugelien.

Vor zwei oder drei Jahren hing bei uns am Arbeitsamt die Bekanntmachung: „Hauer und Lehrhauer in Wachen gesucht!“ Es gingen jedoch nur sehr wenige Kumpels nach Wachen, obwohl eine große Anzahl „stempelte“. Die einen sagten mit Recht, mögen doch erst die erwerbslosen Kumpels in Wachen eingestellt werden. Die anderen sagten — auch mit einem gewissen Recht — wie käme ich dazu, nach Wachen zu fahren? Hier habe ich meine Familie, meine Wohnung, die ich in Wachen vielleicht erst in ein oder zwei Jahren bekomme. Man weiß, wie es jeht mit den Wohnungen bestellt ist. Vielleicht gehts hier auch bald wieder los. So und ähnlich lauteten, vom menschlichen Standpunkt aus beurteilt, berechtigte Ausreden. Kein Mensch und kein Gesetz hat uns gezwungen, auszuwandern.

Ganz anders in Rußland. Dort gilt keine „Humanitätsduselei“ in bezug auf Erwerbslose. Wenn z. B. in Moskau infolge der Rationalisierungsmaßnahmen — und rationalisieren müssen die Russen auch — Arbeiter erwerbslos werden, bekommen sie vielleicht für eine ganz kurze Zeit eine Unterstützung. Ueber die „Höhe“ derselben brauche ich ja hier weiter nichts zu schreiben, darüber berichten die russischen Gewerkschaftszeitungen ausführlich. Dann bekommen sie Arbeit zugewiesen in Waku oder im Donezgebiet, oder vielleicht noch weiter. Und, wer die Landkarte kennt, weiß, daß das ein bißchen weiter ist, als vom Ruhrgebiet nach Wachen. Ferner muß man diese Manipulation noch mehr vom psychologischen Standpunkt aus beurteilen als bei uns. Viele von diesen erwerbslosen russischen Arbeitern haben 10, 12 und noch mehr Jahre geschuftet und gedacht, mitgeholfen am Aufbau der Sowjetrepubliken — denn nicht allen ist es gelungen, Volkstommissar zu werden — und dann stellt man das Anjinnen an sie, 1000 bis 2000 Kilometer weit auszuwandern und dort in irgendeiner Steppengegend von vorne anzufangen. Und wenn sie nicht wollen, sind sie eben Faulenzler. Die deutschen Kommunisten schreiben es von allen Tribünen herunter, schreiben es überall in ihrer von stinkenden Lügen strotzenden Presse. Gedankenlose Menschen schwächen dieses Märchen von den russischen „Faulenzern“ nach, statt den Verbreitern dieser hundsgemeinen Lügen die gebührende Antwort zu geben.

Einer erwerbsloser Kumpel.

Unfälle im Kupferschieferbergbau.

Mehr denn je wird nach den letzten großen Unglücken im Bergbau über die Ursachen solcher Unfälle geschrieben und geredet. Der Bergmann selbst, der von Jugend an mit den Gefahren seines Berufes verwachsen ist, stellt dabei seine besonderen Betrachtungen an.

Kennt nun jeder Bergmann die Gefahren, die ihn bedrohen? Nachfolgend sollen einige Möglichkeiten, Unfälle zu verhüten, behandelt werden.

Durch den flügelweisen Abbau von Kupferschiefer entsteht ein Vorgang, der für jeden Bergmann Gefahr in sich birgt. Im Mansfelder Bergbau lagert mehrere Meter stark über dem Kupferschiefer der Zechstein, über dem Zechstein wiederum der Gips. Jede dieser Massen ist sichtbar voneinander getrennt. Beim Abbau der Kupferschiefer löst sich der Zechstein vom Gips. Der Zechstein schwebt jetzt frei zwischen Strebarbeiter und Gips, getragen vom Strebstoß, Verlag und Strebstempel. Die oberen Massen Gips sind nun ohne Stützpunkt. Die Stütze wird und muß wiederhergestellt werden.

Durch vorgeordneten Abbau reißt der Gips flächenweise ab, setzt sich wieder auf den Zechstein und birgt dadurch die zweite Gefahr. Dieser Vorgang ist verbunden mit dem sogenannten „Drücken“. Der Bergmann ruft vor Streb seinem Kameraden zu: „Petrus ist wieder auf dem Boden!“ Oftmals sind diese Vorgänge verbunden mit Strebzusammenbruch (Unfälle). Bei richtiger Strebordnung ist Widerstand vorhanden. Nach kurzer Pause und Prüfung des Hangenden kann die Arbeit fortgesetzt werden. Ein solcher Druck wirkt bis auf die Erdoberfläche (Erdoberfläche). Allen Bergleuten, hauptsächlich dem Strebpersonal, mußte dieser Vorgang durch Wort und Bild vorgeführt werden. Dadurch würde auch ein gleichgültiger Bergmann erzogen, auf guten Verlag und Stempelschlag Wert zu legen.

Auch die vielen Unfälle „durch höhere Gewalten“, wie die übliche Bezeichnung ist, würden dadurch vermindert werden.

Wenn Teile der Bergarbeiterschaft denken, das Antreiben sei ein Grund, die Sicherungen unbeachtet zu lassen, so ist eine solche Denkmethode bestimmt falsch. Grundsaß muß bleiben, daß die Sicherung der Leistung vorgehen muß. Wer entsprechend dieser Einstellung handelt, leistet mehr als derjenige, der durch seine entgegengesetzte Ansicht sich und seine Kameraden in Gefahr bringt. Hinzu kommt allerdings, daß die Gleichgültigkeit der Bergarbeiter den Unfallgefahren gegenüber wächst, je stärker der Lohn fällt.

O. K.

Aus dem Ruhrgebiet.

Bierzig Jahre Zahlstelle Eidel I. Rückblick und Ausblick.

Glückauf, Kameraden, durch Nacht zum Licht, Uns sollen die Feinde nicht klümmern, Wir hatten so manche verzweifelte Schicht Und sahen die Sonne doch schimmern; Nur e i n i g, einig müssen wir sein, So fest und geschlossen wie Erz und Gestein. —

Die Verse des vorstehenden alten Bergmannsliedes hatten durch die Not der Zeit und den ungeheuren Druck des Unternehmertums in den Herzen unserer alten Kameraden greifbare Gestalt angenommen, als sie dazu übergingen, sich im Jahre 1889 im Verband der Bergarbeiter Deutschlands aufzunehmen.

Auch in H o r d e l fanden sich (im damaligen Lokal Kleinhartwig) einige tapfere Kämpfer zusammen, um durch Gründung einer Zahlstelle dem immer frecher auftretenden Unternehmertum die Stirn zu bieten. Mut und Tapferkeit gehörten damals zu einem derartigen Unternehmen, mußten doch alle Mitglieder durch die Ortsverwaltung der Polizeibehörde gemeldet werden. Damit waren unsere alten Vorkämpfer unter Polizeiaufsicht gestellt, und sie wurden auch dementsprechend behandelt. Bei den damaligen kleineren und größeren Arbeitskämpfen waren es immer unsere Kameraden, die im Vordertreffen standen; die Folge davon war, daß sie fast immer nach Abschluß derartiger Vorgänge außerhalb des Betriebes auf die Straße gesetzt wurden. Aber durch keine Drangsale haben sie sich an ihrer Idee irremachen lassen.

Im Jahre 1891 fühlten sich die E i d e l e r Kameraden der Hordeler Zahlstelle stark genug, um sich in Eidel in einer eigenen Zahlstelle selbständig zu machen. Sehr schwer war es, ein Tagungslokal zu bekommen, wagte es doch kaum ein Wirt, aus Angst vor der Polizei, den „Roten“ eine gastliche Stätte zu bieten. Sehr lange Jahre fand die Zahlstelle dann ein Unterkommen im damaligen Lokal H o m b u r g in Wanne (jetzt Kumpmann) am Friedrichsplatz.

In den großen Arbeitskämpfen der Vorkriegszeit 1905 und 1912 sah die gesamte Eidel Bergarbeiterschaft in der Zahlstelle Eidel I die Führerin im Kampfe gegen die Bergbauunternehmer.

Von den Gründern der Zahlstelle weilen heute noch unter uns der Kamerad Adam H u n g e k e, heute noch als Knappschäftsleiter tätig, die Kameraden Peter F l e e r, Wilh. K l e i n und Wilhelm M ü n s t e r m a n n, der heute der Zahlstelle Wanne angehört. Ihnen allen sei an dieser Stelle der besondere Dank der jetzigen jüngeren Generation für ihre Opfer in der Vergangenheit und für ihren Mut als unsere Vorkämpfer abgestattet. Aber auch derer wollen wir nicht vergessen, die nicht weniger ihre Pflicht erfüllten, aber durch einen frühen Tod nicht mehr an unserem Jubiläum teilnehmen können.

Ein Beweis der Einigkeit und des festen Zusammenschlusses ist darin zu erblicken, daß seit dem Jahre 1905 nur fünf Vertrauensleute als Führer der Zahlstelle fungierten. Zuerst war es der Kamerad N i e b l i c h, welcher vom alten Wilh. J a n u s abgelöst wurde. Nachdem dieser wohl 15 Jahre seine Kraft in den Dienst der Zahlstelle gestellt hatte, übernahmen die Kameraden K a p a l a und B r a n d m a n n vorübergehend die Führung der Geschäfte. Seit 1927 wird nun die Zahlstelle vom Kameraden Karl Z i m m e r m a n n in vorbildlicher Weise geführt.

Aus der Mitte der Zahlstelle sind eine große Anzahl tüchtiger Verbandsfunktionäre hervorgegangen. Außer mehreren Knappschäftsleitern in unserer Gemeinde werden die umliegenden Bezehn mit etwa 15 Betriebsräten, darunter 8 Betriebsausführungsmittgliedern, von der Zahlstelle besetzt.

Aber nicht nur ein Rückblick soll in diesen Zeilen gehalten werden, sondern die Stunde rechtfertigt auch einen kleinen Ausblick in Gegenwart und Zukunft. Unser Jubiläum soll nicht allein eine Kundgebung der Freude sein, sondern es soll auch sein eine Kundgebung gegen den Ausbeutungswillen der Unternehmer und vor allem gegen den Zerplitterungs- und Zerstörungswillen gewisser Feinde in den Reihen der Arbeiter selbst.

Vor einigen Monaten fühlten sich gewerkschaftliche Kindschöpfe dazu berufen, einen neuen Bergarbeiterverband zu gründen und das baldige Ende unseres Verbandes zu prophezeien. Unser Verband und damit unsere Zahlstelle steht heute unerschütterlich da. Wir konnten nicht nur unseren Bestand halten, sondern sogar unseren Mitgliederstand erhöhen. Wir fühlen uns deshalb bewogen, diese Feststellung zu treffen, weil bis vor ganz kurzer Zeit unsere Zahlstelle als Hochburg einer gewissen Partei galt. Aber die gewiß nicht kleine Zahl intelligenter Mitglieder und Funktionäre dieser Partei in unserer Zahlstelle hat der Politik der Verbandschädigung den Rücken gefehrt und steht heute fest auf dem Boden des Verbandes, ja, diese Kameraden sind unsere besten Kämpfer geworden.

Diese Tatsache erfüllt uns alle mit großer Freude und gibt uns doppelte Kraft, uns für die Idee des Verbandes einzusetzen. Uns alle gemeinsam soll immer der Wunsch und der Gedanke befehlen:

O, könnten jede Stirne zwingen wir zum Denken, Dann würde sich der Himmel auf die Erde senken!

H. Br.

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Bodwa. Am 22. April starb unser Kamerad Johann G u b i c im Alter von 40 Jahren. Wir verlieren in ihm einen treuen opferbereiten Kameraden, der überall in der Gewerkschaftsbewegung seinen Mann stand. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Zahlstelle Datteln. Am 8. April starb unser langjähriges Mitglied Valentin K a m r o w s k i im blühenden Alter von 37 Jahren. Er war ein beliebter Mittkämpfer in unseren Reihen. Die Zahlstelle wird sein Andenken stets in Ehren halten.

Zahlstelle Eiberg. Unser Kamerad Heinrich B e e f, eines unserer besten und treuesten Mitglieder, wurde uns durch den Tod entzogen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Zahlstelle Gladbeck III. Ein alter ehrwürdiger Kämpfer und treuer Kamerad, Wilhelm B r a n d, ist im Alter von 73 Jahren von uns gegangen. Wir werden ihm stets ein dauerndes Andenken bewahren.

Zahlstelle Hirschfeld. Am 24. April starb unser Kamerad Georg V e t t e r aus Windheim im Alter von 48 Jahren. Er war ein eifriges und treues Mitglied des Verbandes. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Rahm. Am 18. April geleiteten wir unseren lieben Kameraden Bernhard H e n k e l zur letzten Ruhe. Derselbe war seit 1898 ein treuer Mittkämpfer in unseren Reihen. Sein Andenken wird die Zahlstelle in Ehren halten!

Zahlstelle Uebach (Bez. Wachen). Am 18. April starb unser Kamerad Franz B a g n e r. Die Zahlstelle verliert in ihm ein treues Mitglied und wird ihm ein bleibendes Andenken bewahren.

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co. Bochum, Wilmelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Fackelreiter-Kriegsbücher

haben bei Kriegsgegnern einen guten Klang. Deshalb seien hier den Neuauflagen verschiedener dieser Bücher empfehlende Worte gewidmet:

Erös im Stachelbrahl. 17 Liebes- und Lebensläufe von Hans Otto Henel. Solider Pappband, 208 Seiten stark, 2,80 M. Fackelreiter-Verlag, Hamburg, Bergedorf. — Der Verfasser, dem am diesjährigen „Tag des Buches“ ein Literatur-Ehrenpreis vom Rat der Stadt Leipzig verliehen wurde, hat in diesem Buch meisterhaft, von großem sittlichen Ernst getragen, eine Seite des Krieges dargestellt, die bisher von allen Kriegsbüchern vernachlässigt wurde: die Liebe im Kriege. Welchen Einfluß hat der Weltkrieg auf die Frau ausgeübt, auf die Geliebte und Gefährtin des Mannes und die Mutter kommender Geschlechter? Das wissen nur wenige. Mancher hat es wohl erfahren, aber schon wieder vergessen. Der Krieg ist nicht nur Zerstörer von Liebe und Ehe, sondern er ist es auch, der die Liebe, diese schönste Blüte menschlicher Gemeinschaft, in einen Sumpf des Unflats und der Gemeinheit, der Krankheit und Entartung verwandelt. In der Umwälzung, die das Liebesverhältnis zwischen Mann und Weib durch den Weltkrieg erfährt, lag die Wurzel für unzählige Tragödien, von denen das Buch eine Anzahl schildert.

„Brandfackeln über Polen“ so lautet der Titel eines Buches von Konrad Seiffert, welches der Fackelreiter-Verlag, Hamburg, Bergedorf, im Herbst 1930 neu herausgebracht hat. Zum Preise von 3,50 M. für das kartonierte Exemplar und 5 M. für den Ganzleinenband ist es durch jede Buchhandlung, nötigenfalls auch direkt vom Verlag zu beziehen. In „Brandfackeln über Polen“ offenbart Konrad Seiffert das furchtbare Elend des Ostkrieges mit all seiner Vertierung und all seinen Strapazen, mit seinen brennenden Städten und seinen gepeinigten Flüchtlingen, mit seinem Hunger und seiner Cholera. Ein eintöniges, trostloses, finsternes Grau, aus dem Seiffert von Zeit zu Zeit ganz elementar laute Saufgelage und wichtige Orgien der verwilderten Soldateska aufflammen läßt. So zeigt er uns den Vormarsch im Osten, im Sommer 1915, über Brest-Litowsk hinaus in die Rokitno-Sümpfe hinein. Was Rann für den Westen schuf, gestaltete Seiffert meisterhaft für den Osten.

„Der von der Infanterie“, von Ernst Johannsen. 2,80 M., in Halbleinen 4,00 M. (in 10 Sprachen überfetzt), zeigt den Krieg, wie ihn Millionen erlebt und erlitten haben, ein ungeschminktes Bild der Kriegswirklichkeit, zeigt dieses in bisweilen derber aber aufrichtiger Soldatenmundart geschriebene Buch. Es ist ein Spiegel der brutalen Wirklichkeit und hält sich frei von vertöndender wirkender Ausschmückung höllischen Geschehens. Vergewissungen stemmen sich dagegen in kampfhafter Mut die Stahlhelme-Internationale, die Hezpreffe der Rüstungsindustrie und die naive Schwertgläubigkeit ahnungsloser Jugend, die das Giftgas heiligzusprechen wagt. In der französischen Deputierten-Kammer hat am 12. Februar 1930 der nationalistische Abgeordnete Albert Rivière von seiner Regierung gefordert, daß sie die französische Ausgabe dieses Buches verbieten möge.

Ergänzung des Zeitungsarchivs beim ADB. Die gewerkschaftliche Presse ist von jeher ein Spiegelbild der gesamten gewerkschaftlichen Bewegung gewesen. Ihre Geschichte ist zugleich ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Wie sich die Formen und das Wirken der Bewegung geändert haben, so hat sich auch der Inhalt und das Aussehen der Gewerkschaftspresse erweitert und geändert. Diese Entwicklung durch eine möglichst vollständige Sammlung der freigewerkschaftlichen Presse festzuhalten, ist eine wichtige Voraussetzung für geschichtliche Arbeiten über die Gewerkschaftsbewegung. In der beim Bundesvorstand des ADB errichteten Sammlung der Gewerkschaftspresse sind schon eine große Zahl freigewerkschaftlicher Zeitungen und Zeitschriften gesammelt. Noch bestehen aber Lücken. Wir möchten daher mit diesen Zeilen an die Mitglieder, Ortsverwaltungen und Bibliothekare die Bitte richten, uns alle irgend entbehrlichen gebundenen Verbandszeitungen und Fachzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Wir bitten um Beantwortung an die Adresse des ADB, Berlin S. 14, Inselstr. 6, welche Zeitung und welcher Jahrgang abgegeben werden kann. Gern erstatten wir die entstehenden Unkosten.

Die Lebenshaltung des Eisenbahnpersonals. Verlagsgesellschaft „Deutscher Eisenbahner“ mbH., Berlin W. 50, 160 Seiten, Preis broschiert 3,50 M., Organisationspreis 1,75 M. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, die freigewerkschaftliche Organisation der Arbeiter und Beamten der Reichsbahn, hat während des Jahres 1929 unter seinen Arbeitern und Beamtenmitgliedern eine Erhebung von Haushaltungsrechnungen durchgeführt. Er legt die Ergebnisse dieser Arbeit im 25. Bande seiner Bücherei der Öffentlichkeit vor. Das umfangreiche Tatsachenmaterial ermöglicht einen aufschlußreichen Einblick in die wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse einer großen und wichtigen Berufsgruppe.

Verbandsnachrichten

Bücherrevision.

Günningfeld. Vom 11. bis 24. Mai. — **Gladbeck I.** Vom 15. bis 31. Mai. — **Bergeborbeck.** Im Mai. Bücher bereit halten.

Bibliothek.

Schönebeck. Jeden ersten und zweiten Sonntag im Monat Abgabe der Bücher und jeden dritten und vierten Sonntag Auszahlung der Unterstützung beim Kassierer Max W ä h n e r, Ardehütte 103.

Auszahlung von Unterstützungen.

Stoppenberg. Sämtliche Kameraden, die Unterstützung beziehen wollen, müssen sich vom 10. bis 15. eines jeden Monats beim Hauptkassierer H. B e n t r u p, Schwanhildenstr. 7, mit Verbandsbuch und Belegen melden.

Wiehe-Steinförde. Die Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützungen werden von nun an bei dem Kameraden Hermann D i t t m a n n, Neu-Wiehe 221, jeden zweiten Sonntag im Monat zur Auszahlung kommen. Wir ersuchen die Kameraden, sich hiernach zu richten.

Zwedel. Die Bücher für Unterstützung werden vom Mai ab monatlich nur einmal eingeschickt, und zwar am 15. jeden Monats. Angenommen werden die Bücher vom 12. bis 15., zur Auszahlung kommen sie am 28. jeden Monats. Krankenschein und Stempeltarte müssen j e d e s m a l mitgebracht werden.

Adressenveränderungen.

Kellinghausen. Wegen Wegzug des ersten Vertrauensmanns Friß Schneiderat übernimmt ab 1. Mai dessen Geschäfte der zweite Vertrauensmann Richard L ö f f l e r, Kellinghausen, Raufegattstr. 8.

